

Klassenkampf

Die K P D. — Deine Partei
Der „Klassenkampf“ Deine Zeitung
Deine Stimme der Liste 4

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Verdensteilstr. 14. Fernruf: 210 45 (Kb.); 210 47 (Verlag).

Mit der Arbeiterzeitung
Der Rote Stern

Bezugspreis: 15 Pf. für den am Höhe und Spalte; 1 Stk. im Fernlief. Kontanten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postfach: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft G. m. b. H. Halle. Druck: Druckerei Buchdruckerei G. m. b. H. Halle, Verdensteilstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Dienstag, 19. August 1930

10. Jahrgang + Nr. 193

Offene Diktatur nach dem 14. September!

Hindenburg-Front von Hitler bis Koch-Mahraun mit Flantendebüt durch die SPD.
Generalsregierung geplant — Organisiert den außerparlamentarischen Massenkampf!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 19. August.

Die Anfindigungen des Stahlschmelzwerks Trevisano und der Zentrumpresse, daß

auch der neue Reichstag von der Diktaturregierung nach Hause geschickt werden soll,

erfahren ihre Ergänzung durch Mitteilungen über verstärkte Rüstungen des Truppenteils und der Kreise um Hindenburg für einen schicksalhaften Staatsstreik.

Es soll der **Hindenburg-Block von Hitler, Hugenberg bis zu den Staatsparteilern Hummel-Mahraun**

gebildet werden. Hitler hat in Essen und München Reden für eine Koalitionspolitik der Nazis und für formelle Anerkennung der Verfassung der Young-Republik gehalten. Nach Mitteilung der „Welt am Abend“ will die Regierung Brüning, wenn sie im neuen Reichstag keine Mehrheit finden wird, sich in ein

Diktaturkabinett mit einem politischen Reichswehrgeneral an der Spitze

umwandeln. Dafür soll der General Schleicher aussersehen sein. Nach anderen Mitteilungen soll der General von Seeckt, der Spitzenkandidat der Deutschen Volkspartei im Reichstag, Magdeburg-Anhalt, sich im Auftrag des Young-Kapitals auf seine kommende Rolle in der Diktatur-Regierung vorbereiten (er hat auch in seiner letzten Magdeburger Rede die zur Ausführung der Diktaturpläne notwendige Brücke zur SPD geschlagen).

Hindenburg steht im Mittelpunkt aller Diktaturpläne. Aus seinem Büro gehen die Fäden über Schiele und Oberburg-Kanuschau zu Hugenberg-Hitler. Hitler hat in seiner Münchener Rede folgendes sensationelle Bekenntnis abgelegt:

„Wir brechen nicht die Verfassung. Wir erklären ebenso feierlich: Wir wollen auf dem Boden des Gesetzes, wir streben auf dem Boden des Gesetzes nach politischer Macht.“

In Verbindung mit den Vorbereitungen des schicksalhaften Staatsstreiks gegen den neuen Reichstag zur brutalen Durchführung der Artikel-48-Diktatur bedeutet diese Erklärung Hitlers, daß er und sein Geliebter Hugenberg zur Einreichung in den Hindenburg-Block des Young-Systems bereit sind.

Immer klarer wird es, daß nach dem 14. September in Deutschland die offene Diktatur herrschen wird, weil das Kapital keinen anderen als diesen Bergewaltigungsweg aus seinen Schweißtränen kennt.

Wieder, wie 1919 und 1923, fördern Milliarden deutschen Kapitals ins Ausland, weil sich die Ausbeuter im Lande nicht mehr sicher fühlen. Als ob den russischen Kapitalisten es etwas geöhnt hätte, daß sie ihre „Wertpapiere“ ins Ausland verschleppen haben!

„Nur die KPD ist die Partei des wertfähigen Volkes“

Die Austrittserklärung eines Betriebsarbeiters aus der Partei des Arbeiterverrats

Wolffen, den 7. August 1930.

Hiermit erkläre ich meinen Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei.

Begehung:

Wir haben unsere Führer gewählt, haben jahraus, jahrein dafür bezahlt, damit sie uns als Arbeiter vertreten und führen sollen.

Sie haben aber versagt, daß sie uns verraten und uns ins Elend hineingedrückt haben. Sie haben längst dorgeföhnt, daß sie auch einmal Arbeiter waren.

Sie fordern alle sozialdemokratischen Kollegen auf, mit mir das gleiche zu tun.

Recht diesen Arbeiterverrätern den Rücken. Tretet ein in die kommunistische Partei! Nur diese Partei ist die Partei des wertfähigen Volkes.

Wollte es die SPD-Öligarchie wagen, mich anzugreifen, so werde ich noch ausführlicher werden.

Dieser Arbeiter, Wolffen, Wasserstrum 28.

Elende Demagogen sind die Sozialfaschisten, die den wertfähigen Massen einreden wollen, daß man mit dem Stimmgabel die Diktatur brechen könnte. Sie wollen Stimmen fangen, um mit möglichst feilen Wölfchen an der Durchführung der schicksalhaften Diktatur beteiligt zu werden.

Die arbeitenden Massen gehen einen anderen Weg, den Weg des außerparlamentarischen Kampfes, den Weg, der zum

politischen Massenkampf

führt. Mit dieser Waffe werden sie wie einst den Cuno, so den Brüning oder Schleicher vertreiben und werden

darüber hinaus den Weg der Revolution konsequent bis zu Ende gehen.

Den außerparlamentarischen Kampf organisieren die Arbeiter heute, indem sie gegen die Raubzüge der Unternehmer und ihre Regierung

Streik in den Betrieben, die Steuerverweigerung und Steuerabotage

verwirklichen. Für den außerparlamentarischen Kampf gegen die Diktatur, den einzigen Ausweg aus der Not, werden die wertfähigen Massen am 14. September mit dem kommunistischen Stimmgabel demonstrieren.

Klassenjustiz gegen Steuerstreik

Die Diktatur, die ihre Steuern nicht hereinbekommt, bildet sich ein, mit Justizterror das Vertrauen der Massen gewinnen zu können!

Wie uns mitgeteilt wird, daß nunmehr eine ganze Reihe von Unternehmern des Ruhrgebietes gegen die Diktatursteuer-Bordladungen wegen Paragraph 110 Strafgesetz (Widerstand gegen die Staatsgewalt) und wegen Vergehens gegen die Diktaturverordnung Ceteris vom 15. September 1923 erklarten.

Diese Anklagen sind, wie uns von mehreren, absolut zuverlässigen Seiten mitgeteilt wird, nur die Auswirkung der äußerst harten Wirkung, die der Aufruf zum Steuerstreik auf die breitesten Schichten der wertfähigen Bevölkerung, einschließlich der Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden ausgeübt hat, und die so groß sind, daß man in Verwaltungskreisen die ersten Beschlüssen in Bezug auf die Eintreibungsmaßnahmen der Diktatursteuern begt.

Aber auch bürgerliche Kommunalpolitiker beurteilen die Aussichten der Steuerentreibung und die Finanzlage ihrer Gemeinden höchst pessimistisch. In einer großen Stadtgemeinde Mitteldeutschlands hat z. B. die Berechnung ergeben, daß, selbst wenn die Einführung und Eintreibung der Diktatursteuern möglich wäre, man angesichts der ungeheuren Verelendung der Massen nicht mehr als 150 000 Mk. hereinbekommen würde, während das jährliche Defizit 500 000 Mk. beträgt!

Aus den vom Kapital angepöbelten und auf die Strafe rationalisierten Massen läßt sich kaum mehr etwas herauszohlen — und diese Massen selbst haben sich nun gegen die Ausplünderung zur Wehr, indem sie den Steuerstreik zu organisieren beginnen. Und die gewalttätige Eintreibung der Steuern muß angesichts des geschlossenen Widerstandes der wertfähigen Bevölkerung scheitern — um so mehr, als diese Regierung nicht einmal ihren Steuerentreibern eine menschenwürdige Existenz gewähren kann und jedem Polizeibeamten ein Mörder abzieht.

Bei den Kapitalisten Steuern einzutreiben, denkt die Brüning-Regierung natürlich nicht. Die Besitzverhältnisse sind im Gegenteil abgebaut worden. Angesichts dieser Situation kann man verstehen, daß die führenden bürgerlichen Kommunalpolitiker von einer förmlichen Verweigerungseinstimmung erfüllt sind.

Die einzigen, die mit Begeisterung für die Eintreibung der Diktatursteuern sind, sind die angeblichen „Gegner“ der Brüning-Regierung, die Nazis und die SPD.

Bei den Nazis, deren Fried ja in Thüringen die Negativsteuer ausgebracht hat, und die heute keine höheren Sorgen kennen, als die möglichst schnelle Erlangung möglichst weicher Plätze an der Futtertrappe, ist das ja nur natürlich, und was die SPD betrifft, so haben die „linken“ Zeiger ja selbst einen Beweis ihres Eifers in der Eintreibung der Diktatursteuern geliefert, indem ihr Magistrat die Getränkesteuer mit zehn statt der amtlich angeordneten 5 Prozent festsetzte!

Die arbeitenden Massen halten sich aber nicht an diese Verräter, sondern an den Aufruf der roten Kommunalpolitiker. Mit Saß und Empörung stehen sie diesem System gegenüber und deshalb denken sie nicht daran, es zu füttern.

In dieser Situation greift die Regierung zum Staatsanwalt, als letztem Rettungsanker.

Sie magen nicht, in ihrer Presse gegen den Steuerstreik Propaganda zu machen, weil sie mit Recht vermuten, daß die

Propaganda sich als Propaganda für den Steuerstreik auswirken würde.

Aber die Herren irren sich, wenn sie sich einbilden, mit dem Justizterror die Steuerstreikbewegung schwächen zu können — im Gegenteil.

Jede Verfolgungsmaßnahme gegen die roten Kommunalpolitiker führt nur in den breiten Massen das Vertrauen zu ihnen, Erörterung gegen den bürgerlichen Staat, und damit auch die Entschlossenheit, diesem Staate keine Steuern zu zahlen.

Und die roten Kommunalpolitiker werden angesichts des Klassenjustiz so wie überall sonst ihre Pflicht erfüllen, indem sie den wertfähigen Massen sagen, was gegen die Ausbeuterherrschaft zu tun ist.

Trotz alledem!

Keinen Steuergroßraub der Diktatur!

Wir schließen uns dem Aufruf der roten Kommunalpolitiker zum „Klassenkampf“ vom 6. August 1930 an und werden unsere ganze Kraft zur Organisation des Steuerstreiks einlegen:

- G. Salzer, Magistratsmitglied, Gerbstedt.
- Karl Reinold, Magistratsmitglied, Schildau.
- Albert Schmidt, Gemeindevorsteher-Stellvertreter, Eisendorf.
- Karl Baumann, Schöffe, Köhla.
- H. Hanel, Magistratsassessor, Nebra.
- Karl Kammlert, Magistratsassessor, Nebra.

Krankenunterstützungsraub wird nicht durchgeführt!

Wittenberger Ortskrankenkasse lehnt Durchführung der Diktaturmaßnahmen ab

Nach dem Beispiel der roten Kommunalpolitiker gehen nun auch in den Krankenkassen die Arbeiter dazu über, die Durchführung der Diktaturmaßnahmen zu verweigern.

Am Freitag, dem 15. August, fand in Wittenberg eine außerordentliche Ausschusssitzung der Ortskrankenkasse I statt. Tagesordnung war: die Durchführung der „Notverordnung“ in der Krankenversicherung vom 26. Juli 1930 auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung. Die Rajenverwaltung hatte die wichtigsten Punkte der „Notverordnung“ schon mit gewissen Änderungen zur Beschlußfassung dem Ausschuss vorgelegt.

Auf Antrag der Kommunisten hat jedoch der Ausschuss mit 13 Arbeiterstimmen gegen 8 Arbeitergeheimen die Durchführung der Notverordnung abgelehnt. Die Vertreter der Gelben enthielten sich der Stimme.

Gleichartige Beschlüsse haben verschiedene schicksalhafte Krankenkassen geföhnt. (Näheres darüber im Mitteldeutschen Teil.)

Nun gilt es, überall dem gegebenen Beispiel zu folgen und auf der ganzen Linie den aktiven Widerstand gegen die Ausplünderung der Kranken zu organisieren!

Wahlrechtsraub der Brüning-Regierung

(Eig. Drahtm.) Berlin, 19. August.

Das Diktator-Kabinett Brüning wird heute wiederum zusammengetreten, um das „Reformprogramm“ zu beraten. Es soll in seinen Grundzügen noch vor dem 14. September bekanntgegeben werden und nicht nur den Zweck haben, dem neuen Reichstag Gesetz über Finanz- und Wahlenform vorzulegen, sondern auch in dem Wahlkampf die Reichstagsparteien zu beeinflussen. Das Brüning-Kabinett will eindeutig die Reichstagsparteien beeinflussen und fügt sich dabei auf die Forderung der Sozialistischen Staatspartei, die die Wahlreform als wichtigsten Staatspunkt proklamiert hat und sich verpflichtet, einen Volksentscheid herbeizuführen, wenn der Reichstag das Wahlrecht nicht ändert.

Wie wir schon berichtet, soll die Zahl der Wahlkreise verringert werden. Der neue Entwurf sieht 162 Wahlkreise vor. In Zukunft sollen die Kreistimmen in den Wahlkreisen selbst verzeichnet und aufgeteilt werden.

Die SPD für Wahlrechtsraub

Die vom sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten Paul Löbe mit herausgegebenem Zeitschrift „Deutsche Republik“ beschäftigt sich in ihrer letzten Ausgabe mit der Frage, welche Haltung die SPD, nach den Wahlen einnehmen wird. Als einige der wichtigsten Punkte werden genannt:

- 1. Die Abschaffung des Vorkandidatensystems für politische Wahlen, Einmann-Kreise für die Reichstagswahlen.
- 2. Heraushebung des Wahlalters auf 25 Jahre.

Die Betriebsarbeiter für die SPD.

Halle, 19. August.

In den Spalten der sozialistischen Presse bemühen sich die reformistischen Gewerkschaftsführer vergeblich, nachzuweisen, daß die Kommunisten völlig im Unrecht sind, wenn sie glauben, die Arbeiter in der gegenwärtigen Situation in Lohnkämpfen führen zu können. Die jämmerliche Kapitulation der Sozialisten vor den Angriffen des Unternehmerlumpens haben sie mit den Argumenten über das Nichtvorhandensein eines Klassenkampfes bei der Arbeiterbewegung zu demoralisieren. Schon der Streik in Wanzschau, die Landarbeitereinstellung in unserem Bezirke haben das Gegenteil bewiesen. In immer größerem Maße erkennt die Arbeiterklasse, daß nur die Forderung eines entschlossenen Gegenangriffs im Bereiche der Forderung selbständiger Lohnkämpfe die Offensivität des Kampfes einbringen kann. Heute liegen uns folgende Berichte aus Betriebsversammlungen vor. Heute liegen uns folgende Berichte aus Betriebsversammlungen vor, die zu dieser Frage und zu den Reichstagswahlen Stellung nahmen:

Am Sonnabend fand in Wilmendorf am Bahnhof wieder eine Sitzung der Versammlung der Leuna-Arbeiter statt, die gut besucht wurde. Die Arbeiter nahmen an dem Vortrage teil, der von den aufmerksamen Zuhörern mit dem Namen Brüning-Regierung gegeben und in gewohnter lautsprachlicher Weise ihre Meinungen über den in der Sozialversicherung für die Arbeiterklasse.

Unter großem Beifall betonte der Genosse, daß die Leuna-Arbeiterklasse sich jetzt Stellung nehmen muß zum Wahlenlauf des Landes in der chemischen Industrie.

Die Gewerkschaftsbürokratie arbeitet schon heute daran, jede ernsthafte Bewegung abzuwehren. Selbst begrüßt wurde die Forderung des Genossen, ein Komitee zu bilden, das die Arbeiter in die Wahlkämpfe einbezieht, für den Sieg der SPD mit allen Kräften einzustehen.

Eine Betriebsversammlung der Firma Andreas Saabenganger in Halle beschloß sich ebenfalls mit der Unterstützung zum SPD-Kongress. Von allen Kollegen, welche das Wort ergriffen, wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Beschlüsse und Richtlinien derselben in die Praxis umgesetzt werden müssen.

Selbständige Lohnkämpfe sind unbedingt notwendig zur Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen.

In der Versammlung wurde weiter Stellung genommen zum kommenden Reichstagswahl. 14 Kollegen traten als rote Wahlhelfer der kommunistischen Partei zur Verfügung. Das legt uns, wie bereits bereits die Metallarbeiterklasse vor Halle am 14. September mitteilen werden.

Zeiler SPD-Arbeiter über Bergholz und die SPD.

Von allen Seiten gehen uns Mitteilungen über den Betrieb der Arbeiter zu, die sich mit den Reichstagswahlen beschäftigen. Wir wollen in nachfolgenden Zeilen, was uns aus einem Zeiler Betrieb, in einer hochbedeutenden „linken SPD“, berichtet wird. In den auch dort sehr lebhaften Diskussionen drücken die SPD-Mitglieder eine absolute Niederlagenstimmung für den 14. September aus.

Sie sind überzeugt, daß die Arbeitermassen die Politik ihrer Partei für 1928 nicht vergessen haben und die Leitung für die SPD, bei der Reichstagswahl darin bestehen wird, daß sie zumindestens ein Dutzend Mandate verlieren dürfte.

Ganz besonders tief hat sich bei den Zeiler Arbeitern die Erinnerung daran eingegraben, daß der „linke“ Bergholz den Hungerjahren zugestimmt hat und sich Kompagnon Franken durch seine Zustimmung zum Konkurs der Kirche Millionen in den Taschen werfen ließ.

Die Stimmung der sozialdemokratischen Arbeiter ist teilweise sehr verzweifelt. Sie fühlen sich verraten und verkauft. An uns liegt es, ihnen klarzumachen, daß es nur einen Ausweg gibt. Wir müssen sie herausreißen aus der jahmarzorgelnden sozialistischen Ideologie ihrer Führer und sie einweisen in die rote Arbeiterbewegung, die die kommunistische Partei. Wir müssen ihnen aber weiter klarmachen, daß der Kampf gegen die Massenverleumdung nur in einer offenen Führung der Wirtschaftskämpfe wirksam sein kann.

Am 30. September läuft die Wahlfrist für Naecher, Zeil, ab. Jetzt muß der Kampf vorbereitet werden, da seitens der Gewerkschaften absolut nichts unternommen wird.

Sozialfaschistischer Schandstreik der DWA-Bürokratie

(Eig. Drahtm.) Berlin, 19. August.

Wetern wurde im elegantesten Saal des Berliner Wollens, in der Kraft-Oper, der 19. Verhandlungstag des Deutschen Metallarbeiter-Bundes eröffnet. Die Arrangements des Verbandstages haben

Diese Punkte sollen sofort nach Wahl des neuen Reichstages mit den anderen bürgerlichen Parteien zusammen verwirklicht werden. Dann Aufhebung des neuen Reichstages und Neuwahl mit dem neuen Wahlrecht!

Wahlgemeint, diese Pläne werden verurteilt von einer Zeitschrift, unter der Herausgeberschaft Paul Löbe figuriert. Und dabei führen die SPD-Führer den Wahlkampf unter der Parole, daß die Demokratie verteidigt werden soll.

In Wirklichkeit haben die SPD-Führer schon heute die Absicht, die kapitalistische Diktatur auch durch Zustimmung zu der geplanten „Wahlreform“, d. h. zum Wahlrechtsraub, zu unterhalten.

Die Bourgeoisie ist entschlossen, die formale Demokratie zu bereistigen und offen diktatorisch zu regieren. Die Sozialfaschisten helfen ihr dabei, wie es ja schon die sozialdemokratischen Parteipräsidenten sind, die den schärfsten Widerstand gegen die kommunistische Partei ausüben. Angesichts dieser Politik der Bourgeoisie und SPD-Führer ist es nutzlos, das Sozialbild einer „Demokratie“ zeiten zu wollen.

Notwendig ist aber, den Klassenkämpfen der Bourgeoisie gegenüber eine klare rote proletarische Front, die gegen die offen diktatorisch regierende Bourgeoisie die proletarischen Forderungen im außerparlamentarischen Massenkampf durchsetzt bis zum völligen Sieg der Arbeiterklasse über das bankrotte kapitalistische System.

Diese proletarische rote Front wird aber nur von der kommunistischen Partei geleitet. Es gilt, durch einen wichtigen Wahltag am 14. September die rote proletarische Front zu härten.

diese Bürotageung möglichst weit von den Berliner Metallarbeitervertretern, in die Bannelei verlegt. Aber nicht genug damit.

Der Vertreter der Arbeiterpresse, der Reichstagsrat der kommunistischen Partei, des Reichstages, ist von dem sogenannten „Volkskomitee“, von dem berühmten Berliner Verbandsangehörigen Kabis, aus dem Saal gemieden worden. Die Gewerkschaften der Reichstagsrat, der Reichstagsrat der Mosauer der Konvention, zu der Tagung nicht zugelassen.

Andererseits sind Vertreter der gesamten bürgerlichen Presse, auch der ausgesprochenen Salenzentralsprecher, zugelassen.

Es ist Sache der Metallarbeiter selbst, diesen Schandstreik der DWA-Bürokratie zu beantworten. Die politische Bankrotten Streikbrüche, die die Gewerkschaften, führen, fürchten die wahrheitsgetreue Berichterstattung von dem zusammengeschobenen Verbandstag.

Dieser Verbandstag ist eine einzige große Fäule. Mit falschen Methoden wurde jeder oppositionelle Delegierte ferngehalten. Obwohl die revolutionäre Opposition im DWA nur gemahnt ist, wurde kein oppositioneller Delegierter zugelassen. Die patentierten Kämpfer für „Demokratie“ Brandes und Reichel können nicht hoffen, irgendein Weisungsmann, daß im Gegenlicht zu führen wäre. Aber die Reichel und Brandes führten eben vom Auftreten oppositioneller Delegierter ein: weitere gewaltige Stärkung der Opposition, wie das auch nach dem Karlsruher Verbandstag der Fall war.

Gemeinde Bertsdorf für Steuerstreit

Auf Antrag der kommunistischen Gemeindevorordnetenfraktion in Bertsdorf beschloß die Gemeindevorversammlung einstimmig am 12. August folgende Anträge:

- 1. Das Kollegium erhebt schriftlichen Protest gegen die Steuererhöhungen der Reichsregierung vom 27. Juli 1930, die Steuern und Ausgaben betreffend.
- 2. Den Gemeinderat zu beauftragen, bei der künftigen Regierung zu fordern, daß der Vertreter Sadens in Berlin bei der Reichsregierung Einspruch gegen die Steuererhöhung erhebt.
- 3. Den Gemeinderat anzuweisen, Steuererhebungen nach der Steuerordnung nicht durchzuführen, die Reichsangaben nicht zu erheben.

SPD-Gemeindevorsteher lehnt Stellungnahme gegen Diktatorsteuern ab!

Am 14. August 1930. Der Vorsitzende und Gemeindevorsteher.

Dem Antrag der kommunistischen Fraktion vom 12. d. M. betr. Einberufung einer sofortigen Sitzung der Gemeindevorsteherung zu der Angelegenheit, welche sich die Gemeindevorsteherung zu den Diktatorsteuern, kann ich nicht entsprechen. Nach § 102 der SPD, gebietet die Verpflichtung dieser Fraktion nicht zu den Ausgaben der Gemeindevorsteherung. Sollte die Gemeinde Wilmendorf auf Grund der Steuererhöhung von

Pollzeibeamte!

Alle Parteien haben Euch verraten! Alle haben sie Eurer Entrechtung und Ausplünderung zugestimmt.

Nur die Kommunisten haben sich stets rückhaltlos für Eure Belange eingesetzt. Nur sie fordern an Stelle des Notopfers die rücksichtslose Besteuerung der großen Vermögenden, den Gehaltsabbau bei den oberen Beamten, die Kürzung ihrer Riesenpensionen.

Darum bekannt Euch am 14. September zum revolutionären Kampf der KPD.

Wählt Liste 4

Sozialdemokratie für Krantentassen-Raubgehele

(Eig. Drahtm.) Dresden, 19. August.

Auf dem 34. Krantentassentag des Hauptverbandes Deutscher Krantentassen hielt der Sozialdemokrat Sellmuth Lehmann die Ausführungen dieses Mannes waren von Anfang bis zu Ende eine direkte Beschuldigung der von Brüning mit Hilfe des Reichstages 48 verordneten Krantentassen. Zwar erklärte sich Lehmann nicht mit allen Maßnahmen „schloß“ einverstanden. Aber dennoch führte er wörtlich aus: „Krantentassen und Beirat stellen mit Beibehaltung der Krantentassen den Reformvorschlügen des Hauptverbandes nicht gerecht geworden sind. Diese Vorschläge werden vollinhaltlich aufrechterhalten. Von dem kommenden Reichstag wird die Erfüllung dieser Forderungen erwartet.“ Den Triumph der Schamlosigkeit aber sollte Lehmann feiern, als er sagte:

„Ein Lichtblick in der Beobachtung ist die Neuregelung des Krantentassen-Dienstes. Die Krantentassen zu zeigen, ob sie bereit sind, wirtlichen Umstände abzugeben.“

Mit janziger Offenheit verteidigt der Sozialist Lehmann die Vorschläge des Hauptverbandes der Krantentassen, in denen u. a. gefordert wird:

Drei Vorkasse für Krantentage, Beteiligung an den Krantentagekosten, Beschäftigung des Krantentagepersonals, Krantentagegebühren.

Die Helferschreiber der Brüning-Diktatur, die noch die Unerschämtheit haben, „Opposition“ zu spielen, werden durch die Arbeiterklasse am 14. September eine gründliche Abfuhr bekommen.

Krienerveranstaltungen Thälmanns in Hannover

Hannover hat noch nie so gemaltige Kundgebungen für den Kommunismus erlebt wie Freitag abend. Genosse Thälmann eröffnete den Wahlkampf in Niedersachsen. Die beiden größten Säle in Hannover, „Burghaus“ und „Konzerthaus“, waren überfüllt. Viele Besucher konnten keinen Platz mehr finden und mußten umkehren. Der „Burghaus-Saal“ mußte schon lange vor 20 Uhr abgepöckelt werden. Genosse Ernst Thälmann sprach zunächst vor begeistertem Jubelsturm im „Burghaus“-Saal.

Erst um 23 Uhr konnten die Massen im „Konzerthaus“ den Genossen Ernst Thälmann begrüßen. Stundenlang hatten sie auf diesen Augenblick gewartet, um durch begeisterte Zustimmung ihre Verbundenheit mit der Führung des revolutionären Proletariats Deutschlands, der KPD, zum Ausdruck zu bringen.

Angestellte, wehrt Euch!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 19. August.

Die Unternehmer haben in der Frage des Angestellten-Abbaus in der Berliner Metallindustrie dem Vorklage Siegerwals zugestimmt, nach welchem Gehaltskürzung und Einschränkung der Arbeitszeit erfolgt.

Die Angestelltenverbände haben erklärt, daß sie bereit seien, dem Vorklage Siegerwals zu folgen.

Sie wünschen aber vor Beginn der betrieblichen Verhandlungen nochmals unter dem Vorbehalt des Reichsarbeitsministers Verhandlungen zwischen den Tarifparteien über die Grundlage der abschließenden Vereinbarungen. Diese Verhandlungen finden heute im Reichsarbeitsministerium statt.

Sozialdemokrat Fleißner „kämpft“ gegen Massensteuern!

Er läßt „SAZ“ beschlagnahmen

(Eig. Drahtm.) Leipzig, 19. August.

Die Sonnabend-Ausgabe der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ wurde beschlagnahmt wegen Abdruck eines Aufzuges kommunistischer Gemeindevorsteher, in dem zum Steuerstreit gegen die Diktaturverordnung aufgerufen wurde. Die Polizei des „linken“ Sozialdemokraten Fleißner durchsuchte das ganze Verlagsgebäude, konnte aber nur einige Exemplare der Zeitung beschlagnehmen.

Alle Versuche, die wachsende Bewegung des Steuerstreits tot zu schmelzen, seitens der SPD- und bürgerlichen Presse, mißglücken. Jetzt greift der sozialfaschistische Regierungsapparat mit Verböden und Beschlagnahmen der kommunistischen Presse, der Brüning-Regierung unter die Arme. SPD-Arbeiter, so „kämpfen“ Eure Führer in der Praxis gegen die Diktatur-Verordnungen! Gebt diesen „Führern“ am 14. September die Antwort, die Euch jetzt schon ein in die rote Front, die unter Führung der KPD, allein den Kampf gegen die Massenverleumdung führt.

Um alle wegen Unterzeichnung des Steuerstreikaufrufes vorgeladenen Kommunalfunktionäre

Wir fordern alle Kommunalfunktionäre auf, die eine Anklage und Ladung erhalten haben, am Donnerstag, 21. August, 13 Uhr, in Halle, Lerchenfeldstr. 14, Rechtsanwaltsstelle, zu erscheinen. Rechtsanwaltsstelle des „Massenkampf“-Komplot-Abteilung.

Die Hag gegen kommunistische Abgeordnete

Wie die „Montagspost“ meldet, wurde in einer Wahlversammlung der KPD in der Köln-Wilhelmer Stadtteile in Köln der Genosse Hans Kollich, ehemaliges Mitglied des Reichstages, verhaftet. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen ihn einen Haftbefehl erlassen.

Einstimmiger Beschluß: Weiterstreiken!

Nach vierwöchigem Streik gesteigertes Kampfwille der nordfranzösischen Arbeiterchaft

Paris, 18. August. Der ungeheure Kampfwille der nordfranzösischen Arbeiterchaft macht alle Streik- abschwächungsabsichten der reformistischen Verräter zu nichts. Bei den Streikabschlüssen, die gestern unter dem bereits vier Wochen lang streikenden Metall- arbeiter und den Textilarbeitern von Ville, Roubaix und Tourcoing vorgenommen wurden, haben sich die Arbeiter gegen den Willen der sozialistischen Gewerkschaftsführer einstimmig für die Fortsetzung des Kampfes entschieden. Eine Konferenz der Arbeiter und Meister, an der etwa 1200 Personen teilnahmen, beschloß gegen neun Stimmen, die Ausführung von Nothstandsarbeiten während der Dauer des Streikes abzulehnen.

In St. Malo haben sich 400 Steinbrucharbeiter neu dem politischen Massenstreik gegen die Abzüge für das Sozialversicherungsgefecht angeschlossen.

In Halluin und Roubaix fanden am Sonnabend und Sonntag starke kommunistische Kundgebungen statt.

In Loulon haben die Hafenarbeiter ihre Karten für die Sozialversicherung zu einem großen Paket zusammengebunden, mit Steinen beschwert und unter dem Gesang der Internationale im Hafen verbrannt.

Die Textilindustriellen haben die von den reformistischen Gewerkschaften gewünschte Bewilligung abgelehnt und beschloßen, die streikenden Arbeiter durch einen Putz einzuschleudern, in dem sie große Stillelegungen ankündigen.

sieht die Tätigkeit der „Arbeiter“-Regierung aus:

Neue Massensteuern - Unterstützungsraub

Der „Vorwärts“ bezeichnet die Schandfakten der MacDonald-Regierung als „praktische Arbeiterpolitik“

London, 18. August. Heute findet in London eine Konferenz der „Arbeiter“-Regierung mit Lloyd George und anderen Liberalen statt, die sich mit der Reform der Arbeitslosigkeit in England beschäftigt. Die MacDonald-Regierung plant die Einführung von neuen Massensteuern und eine allgemaine Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 2 Schilling pro Woche.

Neue Befragung der arbeitenden Massen durch Steuern, Kürzung der fargen Arbeitslosenunterstützung, das sind die einzigen Maßnahmen, die die sozialdemokratische „Arbeiter“-Regierung, das Katastrophengeld der II. Internationale, angeht, angesichts der katastrophalen Erwerbslosigkeit vorschlagen kann!

Macdonald verspricht den Bergarbeitern den Siebenstundentag zurückzugeben: nach 1 1/2 Jahren „Arbeiter“-Regierung arbeiten die Kampfs immer noch 8-8 1/2 Stunden unter Tage.

Macdonald verspricht den Lohnabbau rückgängig zu machen: nach 1 1/2 Jahren „Arbeiter“-Regierung ist nicht nur der Lohnraub erfolgt, sondern werden die Reallohne durch weitere Massensteuern gestürzt.

Macdonald verspricht den Erwerbslosen Brot und Arbeit: nach 1 1/2 Jahren „Arbeiter“-Regierung ist die Zahl der Arbeits-

losen um über das Doppelte gestiegen und die Unterstützung wird abgebaut.

Am Sonnabend brachte der „Vorwärts“ die Meldung, daß auf dem britischen Bergarbeiterkongress ein Mißtrauensvotum gegen die MacDonald-Regierung gegen das bescheidenere wolle Miller Coot auftrat, abgelehnt worden ist. Triumphtrend verläßt der „Vorwärts“ diesen Bericht mit der Überschrift: „Das englische Beispiel - Anerkennung praktischer Arbeiterpolitik.“

Wir überlassen den deutschen Arbeitern die Beurteilung dieser Art „praktischer Arbeiterpolitik“, die unserer Meinung nach sehr nach dem berüchtigten deutschen Beispiel der Gemann Müller-Wissel riecht.

Wir erinnern demgegenüber nur ganz bescheiden an die wirkliche Arbeiterpolitik der Sowjetunion, deren Auswirkungen sind: Durchführung des Siebenstundentages bei erhöhtem Lohn, Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch Neueinstellung von Millionen Arbeitern in die Industrie.

Kommunisten mord in Jugoslawien

Zagreb, 16. August. Am 15. August wurden in der Nähe von Zagreb zwei Kommunisten von der Polizei erschossen. Ihre Namen sind vorläufig noch nicht bekanntgegeben. Die Polizei erklärt, daß sie Stano und Iga genannt wurden.

Es ist anzunehmen, daß diese zwei neuen Morde der jugoslawischen Diktatur die Antwort auf das letzte erschienene Buch „Diktatur in Jugoslawien“ sind. Die in diesem Buch veröffentlichten Tatsachen hatten in der ganzen Welt ungeheures Empörung hervorgerufen. Auch in früheren Fällen, wenn es der kommunistischen Partei gelang, größere Mengen von Flugblättern zu verbreiten, übte die Polizei auf Befehl der Diktatur-Regierung Rache, indem sie verhaftete Kommunisten ermordete.

Der Bund freier Kassen, Berlin, hat an die jugoslawische Regierung bereits ein Protesttelegramm abgeschickt.

Aus dem sozialdemokratischen „Arbeiterparadies“

Kampftag gegen Arbeitslosigkeit am 1. September in Amerika

New York, 18. August. Eine Konferenz von 220 Delegierten aus Betrieben und Gewerkschaften und von Arbeitslosen beschloß eine Massedemonstration am 1. September als Kampftag gegen die Arbeitslosigkeit.

Die Konferenz forderte vom Parlament die Annahme des von der kommunistischen Partei verfaßten Entwurfs eines Sozialfürsorgegesetzes und nahm eine Begrüßung an den V. Kongreß der K. G. an.

Englische Tanks für Tschanghaichet

General Tschanghueliang ermordet?

Schanghai, 18. August. „Dziener“ meldet, daß die Truppen der Kanting-Regierung mit großen Mengen Tanks ausgerüstet sind, die vor kurzem erst aus England eingetroffen sind.

Nach unbestätigten Meldungen ist General Tschanghueliang in Zusammenhang mit einer Mordtat der Garnison von Peking ermordet worden. Die aus Peking eingetroffenen Demontis dieser Nachricht sind äußerst unklar gehalten.

Gandhi kapituliert

Die „Friedens“-Verhandlungen abgeschlossen

Bombay, 18. August. Die Verhandlungen Gandhis und der bharjati nationalreformistischen Führer mit dem englischen Vizekönig über den Abbruch des „Kampfes“ sind abgeschlossen. Die Führer des indischen Bourgeois und des Nationalkongresses erklärten sich bereit, mit der englischen Regierung über eine Kompromißlösung zu verhandeln.

Am den Eindruck der Kapitulation abzuschwächen und in der Hoffnung, dadurch sich eine günstigere Position für die Verhandlungen zu schaffen, hat der sogenannte „Kriegsrat“ des Nationalkongresses eine verlogene Erklärung gegen die Kapitulation Gandhis veröffentlicht und gleichzeitig eine Verurteilung der Boykottbewegung angekündigt. Diese Worte des „Kriegsrats“ wird von der englischen Presse bescheidenerweise überhaupt nicht ernst genommen.

Indes nimmt die Wirtschaftskrise im Lande immer schärfere Formen an. In Bombay wurden wieder mehrere Baumwollspinnereien geschlossen. Fast die gesamte Textilindustrie liegt still. Die Arbeitslosigkeit wächst von Tag zu Tag.

An die Wand!

Vier Saboteure des sozialistischen Aufbaus hingerichtet

Moskau, 18. August. Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet: Die Staatliche Politische Verwaltung stellte fest, daß sich mit dem Aufbau und der Eingebung von Sibirien in die vordem vordemlich Konterrevolutionäre beschäftigten, die die Desorganisation des normalen Verkehrs des sozialistischen Aufbaus und die Untergrabung des Vertrauens in das Gedächtnis der Sowjetunion anstrebten. Die habsüchtigen Saboteure von Silbermünzen, den Schieber Bogdanoff, den Kollaterar Gromoff, den Händler Trossoff und den ehemaligen Händler Malaschoff verurteilte das Kollektivum der Staatlichen Politischen Verwaltung zum Tode. Das Urteil ist bereits vollzogen. Die übrigen Saboteure von Silbermünzen wurden zu Konzentrationslagern von verschiedener Dauer verurteilt.

Bei den französischen Matrosen wurden bisher zwei Soldaten durch Beschüsse getötet.

In Prag ist die Besetzung der großen Leptischfabrik gegen Lohnabbau geschlossen in den Streik getreten.

Die Getreideernte gewonnen!

„Euz“ teilt mit, daß die Kornwirtschaftsfläche „Gigan“ die Ententeperone mit einem Ertrag von 107 000 Tonnen Getreide beendet hat.

Dieser schnelle Erfolg ist auf die Anwendung von 220 Combines zurückzuführen, die Schneiden, Dreschen und Einfaden in einem Arbeitsgang direkt auf dem Felde vollziehen. Abgeleitet zur Verfertigung des Bandes sind bereits 82 000 Tonnen Getreide.

Mit Hilfe der landwirtschaftlichen Maschinen des „Gigan“ sind auf den Kollektivwirtschaften und Einzelwirtschaften der Umgebung weitere 200 000 Hektar abgeerntet worden.



13. Fortsetzung

Einen Augenblick trat Stille ein. Die Arbeiter zogen sich zurück.

„Kein Wort mehr! Wer hat euch erlaubt, in Anwesenheit von Offizieren zu sprechen? In die Knie mit euch!“

„Das werdet ihr nicht erleben!“ Nitschor sprang vor, „Arbeiter ließen sich noch nie auf die Knie zwingen, werden sich auch nie auf die Knie zwingen lassen.“

„Auf die Knie, sage ich“, schrie der Offizier. „Auf die Knie!“

„Ich nicht!“

Der Offizier legte auf Nitschor an. „Auf die Knie, du Hundeloh!“

In der Stille, die nun entstanden war, sah man nur die beiden höhergestellten Augenpaare, Nitschors und des Offiziers.

Der Offizier ließ sich nicht ins Gedächtnis und spie wie eine giftige Schlange Nitschor ins Gesicht.

„Auf die Knie oder ich schieße!“, schrie er noch einmal.

Nitschor stand mit bleichem Gesicht und ließ aufeinandergepreßte Hände da, und ließ hervor, „Stenka!“

Eine Sekunde hielten sie sich noch einander gegenüber, Auge in Auge. Die Soldaten näherten sich und umringten den Offizier.

Ein Schuß knallte. Nitschor fiel und wälzte sich zuckend in seinem Blut.

Das Dorf antwortet

Die Führer der Parteiorganisation verließen für einen Monat die städtische Hauptstadt und zerstreuten sich in alle Richtungen. Der erste Zusammenstoß hatte bewiesen, daß die Zeit reif war für den entscheidenden Kampf, daß der Kampf von innen her gegen Kollischs Banden unternommen werden konnte.

In einer Komitessitzung, in der Nikola einen Bericht über den blutigen Vorfall in der Fabrikvorstadt erstattete, wurde beschlossen, die Stadt zu verlassen, um das ganze Gouvernement zu organisieren, sowohl die Arbeiter als auch die Bauern. Außerdem war zu beschließen, daß man sehr scharf nach den Organisatoren des Streiks suchen würde. Auch darum war es gut, die Stadt für einige Zeit zu verlassen.

Tascha fuhr auf das flache Land. Er reiste angeblich als „Kaufmann“ in die Dörfer, um für die Arme Lebensmittel aufzukaufen. Dabei fiel es nicht auf, daß er heute in diesem, morgen in jenem Dorf übernachtete.

Die Bauern in den Dörfern waren ebenso unzufrieden wie die Arbeiter in der Stadt. Die ganze Jugend und die besten Männer aus dem Dorf wurden in die Kollischfarmen eingezogen. Die Briefe, die sie von den Soldaten lesten aber doch oft genug kamen, riefen bei den Dabeimgebliebenen große Enttäuerung hervor. Man erhob sich gegen sie, daß die Zustände, wie sie in jugoslawischen Zeiten herrschten gegenüber noch mehr heraus als früher, mißhandelten und schikanierten sie, wo sie nur konnten. Nicht selten kam es vor, daß ein Soldat, der nicht so schnell parierte, wie es dem Herrn Offizier beliebte, von ihm einfach über den Haufen geschlagen wurde.

Wir waren früher gegen die Bolschewiki, wir waren mit ihnen unzufrieden, als sie hier waren, jetzt haben wir unsere verdiente Strafe. Wir hätten sie bis zu aufnahmen sollen, hätten sie wie unseren Wagnisgehilfen behüten sollen. — So schrieben die jungen Bauern aus der Arme nach Hause.

Die Bauern in den Dörfern hielten dasselbe. Kam da unerwartet eine Rote bewaffnete Kollischfarmen, herabsteigen der Bauer und nahm mit, was er hatte, ohne einen Kopfen zu zahlen. Wogte es einer dazugehörigen Beschwerte zu führen, wurde er ausgepeitscht und nicht selten erschossen.

Das Dorf war in heller Empörung. Nach einer solchen Exekution verammelten sich die Bauern in irgend einer Hütte, pafften ohne Aufhören ihre Pfeife und schmeigten kumpf. Manchmal entrang sich ein kühnerer Entziffer der Rede eines Bauern, und ein Heiler wurde angerufen. Dann schwiegen sie wieder lang und dumpf.

Ein andermal ließ einer in seinem verquältem Winkel eine wilde Drohung aus.

„So geht es nicht weiter“, sagten dann die anderen, und ihre Jungen lösten sich. Harte und entschlossene Worte flogen durch die Stube.

„Länger werden wir nicht schweigen.“

„Recht hatte Stenka, daß er mit dem Bolschewiki gegangen ist.“

„Wir müssen auch weggehen, sonst wird man uns einen nach dem anderen hier abschlachten.“

„In die Luft müßte man sie sprengen.“

Tascha nickte diese Stimmung aus. Er hielt überzeugende und anfeuernde Reden und murmelte sie zum Kopf auf. Er wies dabei auf eine ganze Anzahl Dörfer hin, die schon weisse aufgehoben waren, sich in den Wäldern versteckt hatten und die Wege und Straßen umlagerten. Wenn Kollischs Truppen durchmarschierten, überfielen sie sie, nahmen ihnen alles wieder ab, töteten die Offiziere und befreiten die Soldaten, die sich den Partisanen überall anschlossen.

Tascha sprach zu ihnen in ihrer Sprache. Er erinnerte sie an den Bauernhelden Stenka Rajin, der schon vor Jahrhunderten gegen den Zaren gekämpft, die Bauern gesammelt und sie in den Kampf geführt hatte. Das war nur ein Held — jetzt tritt eine ganze Klasse als Held in die Geschichte — das Proletariat unter der Führung seiner sozialistischen Partei. Eine ganze Klasse kann man nicht im Blut erlösen. Gemeinsam mit dieser Klasse muß das Bauerntum kämpfen, bis Kollisch und seine Banden vernichtet sind.

„Was kann der Bauer allein auf sich gestellt tun? Er wohnt auf einlameu Gehöften, in weit auseinanderliegenden Dörfern. Eine Weidenrute zu brechen ist leicht, aber ein Bündel Reisig sehr schwer.“

„Selbstverständlich, nur gemeinsam können wir gegen den Feind kämpfen!“

„Auf, in die Wälder! Die Gesunden und Jungen müssen sofort aufbrechen!“

„Wir wollen den Bolschewiki helfen!“

„Wir wollen unter Brot lieber den Bolschewiki. Wir wollen von Kollisch unser Gut wiederhaben, sie haben uns ausgeplündert.“

„Auf, in die Wälder! Auf, in die Wälder!“ (Fortsetzung folgt.)

Zum „Fest der Arbeit“ in Halle Die Arbeiterchaft demonstriert unter roten Fahnen Gegen den sozialfaschistischen Wahlbetrug — Für die klaren Lösungen der KPD.

Der ADG, Ortsauschuh und das AM, Ortskartell Halle veranstalten am kommenden Sonntag ein sogenanntes „Fest der Arbeit“. In Wirklichkeit handelt es sich um eine groß angelegte Wahlkampagne für die SPD. Die Gewerkschaftsbürokraten begnügen sich nicht damit, daß der ADG, eine Million Mark für den Wahlkampf der SPD überweisen hat und von den einzelnen Verbänden und örtlichen Gewerkschaftsorganisationen, ohne die Mitglieder auch nur zu unterstützen, weitere Millionen und aber Millionen der Jörgel-Partei zugewandt werden. Die Bürokratie stellt den gesamten Gewerkschaftsapparat in den Wahlkampf der SPD. Die Mitgliederversammlungen und Versammlungen, die Gewerkschaftspresse, Rundschreiben und anderes Material der Gewerkschaften dienen der sozialdemokratischen Wahlpropaganda.

Die Mitglieder müssen das mit ihren Gewerkschaftsbeiträgen bezahlen, die sie in dem guten Glauben abgeführt haben, daß sie einmütig zu Wirtschaftskämpfen, im Kampf um Lohn und Brot Verwendung finden würden. Die revolutionären Gewerkschaftler sollen

mit ihren Beiträgen die Mittel zu einer ungeheuerlichen Lügen- und Verleumdungskampagne gegen ihre eigene Partei aufbringen.

Viele hundert der aktiven Gewerkschaftsfunktionäre wurden aus geschlossen, weil sie ihre revolutionäre Partei, die KPD, nicht verleugneten. Diesellen Gewerkschaftsführer, die vor der Spaltung der Gewerkschaften in sozialfaschistische Organisationen nicht zurückgegriffen, angeblich um die sogenannte „parteiliche Neutralität“ der Gewerkschaften zu wahren, würdigen heute die gesamte Gewerkschaftsbewegung zu einem Wahlbündel für die SPD. herab.

Die branderbräunlichen Renegaten helfen bei diesen neuen ungeheuerlichen Verbrechen gegen die Arbeiterchaft tatkräftig mit. In Halle haben gerade bei den Gewerkschaftsführern die Parolen gegeben, unter denen das „Fest der Arbeit“ steigen soll. Zugkräftige Wahlparolen haben die Sozialfaschisten nach ihrer arbeitereindlichen Tätigkeit ganz besonders nötig. Die Parolen zum „Fest der Arbeit“ sind, rein äußerlich betrachtet, auch sehr radikal. Sehen wir sie uns aber einmal etwas näher an.

So fordern die Epochenorganisationen der Gewerkschaften in Halle auf, „gegen die Kapitalabschüttelung und gegen den Faschismus“ zu demonstrieren. In dem Munde der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokraten sind das nur hohle Phrasen, um der Arbeiterchaft Sand in die Augen zu streuen. War es nicht die SPD, war es nicht ihr Kasse, die mit der Niederschlagung der revolutionären Erhebungen, mit der Erschlagung von 15 000 Proletariaten der Kapitalabschüttelung den Weg ebnete? Ist nicht heute noch ihr Jörgel bei der prominentesten Träger des Verbot ausgesprochen und damit dem Anwachsen der faschistischen Gefahr den besten Hilfsdienst geleistet?

In einem Flugblatt für das „Fest der Arbeit“ werden weitere folgende Parolen ausgegeben:

„Gegen die Notverordnungen, die Verschlechterungen der Sozialversicherung, den Steueranhang auf die Beschäftigten...“

„Für Einreichung der Erwerbslosen in die Betriebe, Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Ausbau der Sozialversicherung und Unterstützung der Arbeitslosen, für menschenwürdigen Lohn...“

„Ja, bilden sich denn die sozialdemokratischen Führer ein, die Arbeiterinnen und Arbeiter hätten ein solch kurzes Gedächtnis, daß mit einem abstraktesten Klugsatz die ganze vergangene Tätigkeit der SPD- und Gewerkschaftsführer ausgelöscht werden könnte?“

„Wer führte den ersten Unterhaltungsstreik an den Erwerbslosen durch und bereitete den Raubzug an den Kranken vor? Das war der sozialdemokratische Arbeiterminister Willifell!“

„Wer steht an der Spitze der Durchführung der Hungererwerbverordnungen und gibt die Anweisung, daß die Einziehung der brutalen Massenfinsternisse sofort zu erfolgen hat? Das ist die sozialdemokratische Innenministerin Baentig!“

„Wer setzte sich mit ganzer Kraft für die kapitalistische Nationalisierung ein und verdrängte den Arbeiter, „amerikanische Löhne“ und das „Ende der Erwerbslosigkeit“, während in Wirklichkeit der Reallohn dauernd sinkt und drei Millionen Proleten auf das Straßpflaster „nationalisiert“ wurden? Das waren die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer!“

Die faschistischen Gewerkschaftsführer verschweigen wohlweislich, wie diese radikalen Parolen in die Tat umgesetzt werden könnten. Sie fordern gegen die Hungererwerbverordnungen der Brüning-Regierung nicht zum Streikfreiheit und nicht zum Kampf um Lohn- und Brot, sondern unter den klaren Lösungen der KPD.

Diesem einzigen Weg, auf dem die Beseitigung der selbstverständlichen Forderungen der Arbeiterchaft überhaupt nur erzungen werden kann, zeigen nur allein die KPD und die KPD.

Diese stellen sich aber auch mutig an die Spitze des Kampfes. Die Gewerkschaftsführer wollen mit ihrem „Fest der Arbeit“ aber gerade die Arbeiter von dem wirklichen Kampf abhalten. Das ist auch der Grund, weshalb sie auf einmal wieder solche radikalen Worte finden.

Doch die Arbeiterchaft von Halle wird es nicht dulden, daß die sozialfaschistischen Führer die „Freischienen und Volkstänze“ auf dem „Fest der Arbeit“ vor den Arbeitern ihre begangenen Schandtat, ihre arbeitereindliche Politik zu veranschaulichen und Wahlpropaganda für die SPD, treiben.

Die Gewerkschaftler, das gesamte Proletariat von Halle, wird am kommenden Sonntag aufmarschieren. Aber nicht unter den netzweiligen Parolen der SPD, sondern unter den klaren Lösungen der KPD.

Gegen Entlassungen und Erwerbslosigkeit, Streik um den Siebenfundtag und Lohnherabsetzung!
Streik gegen Lohn- und Gehaltsabbau!
Streik gegen Steuerdiktatur!
Gegen Kapitalabschüttelung und Faschismus, für politische Massenfreiheit!

Gegen die sozialfaschistischen Streikführerorganisationen, für den Sieg der KPD!

Das „Fest der Arbeit“ muß zu einem gewaltigen Aufmarsch für den revolutionären Kampf gestaltet werden und das Gesicht des proletarischen Klassenkampfes zum Ausdruck bringen.

Unter der roten Fahne werden die Proleten demonstrieren.

Wie in anderen Orten, so werden die Gewerkschaftsführer auch in Halle versuchen, zu verhindern, daß in der Demonstration am Sonntag der wirkliche Wille der Gewerkschaftsmitglieder und der Arbeiterchaft zum Ausdruck kommt. Doch an der eisernen Disziplin der Proleten werden alle Provatontionen wirkungslos scheitern.

Es gilt sofort in allen Betrieben zu dem „Fest der Arbeit“ Stellung zu nehmen. Eine jede Betribschaft muß beschließen: Wie marschieren am kommenden Sonntag geschlossen unter den Lösungen der KPD. auf!

Bergarbeiter, Ihr müßt Euch zur Wehr setzen! Fast ein Viertel des Lohnes wird abgezogen

U.S. Unter den Arbeitern des Oberrheinischer Braunkohlenreviers herrscht eine große Erregung über die neu eintretenden Lohnabzüge. Wird doch dadurch der geringe Lohn noch mehr gesenkt, was sich bei dem immer weiter steigenden Lebensmittelpreisen besonders katastrophal auswirken muß.

Die Braunkohlenbergarbeiter in unserem Revier werden ganz besonders hart betroffen. Wieselbach werden in der Woche nur drei bis vier Schichten gearbeitet. Bei einem Schichtlohn von durchschnittlich 8 bis 9 Mark verdienen die Arbeiter dann in der ganzen Woche 35 bis 40 Mark. Davon gehen die Abzüge ab: Bis zu 7 Mark, Knappschuß, Lohnsteuer, Erwerbslosenversicherungsbeträge usw.

Das ist aber noch nicht alles. Wenn der eine Kumpel seine Miete und der andere den nötigen Mietzins bezahlt hat, dann bleibt fast

nichts mehr übrig. Dann sind die Arbeiter im Norden oder Süden wieder einmal gezwungen fünf Minuten früher Schicht zu machen, weil die Luft zu schlecht ist.

Sofort werden ihnen je eine Mark Strafe abgezogen.

Und jetzt werden die Lohnabzüge durch die verschiedenen Verschlechterungen der Sozialgesetzgebung, der Steuererhöhung usw. noch mehr gesteigert.

„So kann das nicht weitergehen.“

Das ist die allgemeine Auffassung der Bergarbeiter. Es gilt aber diesen Willen auch die Tat folgen zu lassen. Folgt dem Ruf der KPD und der KPD. Organisiert den Kampf gegen die neuen Lohnabzüge und für Lohnherabsetzung, gegen Festschichten und Massenentlassungen.

Die Aufpasser und Antreiber, die keine produktive Arbeit leisten, erhalten hohe Gehälter. Für sie ist das Geld da; bei ihnen braucht nicht gespart zu werden. Das kommt durch die auf das unerträgliche gesteigerte Arbeitsleistung der Proleten doppelt und dreifach wieder herein.

Ein gewisser Verlust fährt sogar nachts ein und kontrolliert die paar Leute, die mit Reparaturarbeiten beschäftigt sind. Rüstlich hat er Bergarbeiter der Werksleitung gemeldet, weil sie einige Minuten länger gefühllos hatten. Mit diesen Angelegenheiten hat er sich bei der Hauptverwaltung in Halle einen besonderen Stein im Brett.

Die Bergarbeiterchaft muß sich darum freuen um die KPD, zusammenzuschließen. Wählt revolutionäre Kampfvereine auf allen Gebieten.

Die Bauarbeiter von Könnern rücken zum Steuerkern

In der öffentlichen Bauarbeiterversammlung in Könnern am 16. August, fand auf der Tagesordnung: 1. Bericht vom 2. Bezirkskongress der KPD. 2. Reichstagswahlen. 3. Organisatorisches. Nach Kenntnisnahme der Mängel und Fehler, die sich im Streik der Mansfelder Bergarbeiter gezeigt haben, herrschte Einmütigkeit darüber, daß auch in Könnern dieselben Fehler und Mängel vorhanden sind. Um Wirtschaftskämpfe besser durchführen zu können, muß versucht werden, die Organisierung der KPD in Könnern vorwärts zu treiben. Es wurde eine Industriegruppenleitung aus fünf Mann gewählt. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

„Die am 16. August im „Bergarbeiter“ in Könnern verammelten Bauarbeiter begreifen den Kampf der KPD, Kommunisten und Funktionäre gegen den Steuerraub auf die Taten der Arbeiter und Beamten. Sie geloben, mitzuarbeiten an der Mobilisierung der Massen für die KPD am 14. September. Jeder Bauarbeiter muß Wahlbeisitzer sein für die Kommunistische Partei. Die Ausschlagung von Wirtschaftskämpfen durch die KPD, müssen die Kämpfe jetzt schon vorbereitet werden. Die Bauarbeiter von Könnern versprechen, mit allen Mitteln die noch vorhandenen organisatorischen Schwächen wie sie bei Ausbruch des Kampfes in Mansfeld noch vorhanden sind, in Könnern nach vorhanden sind, auf dem schnellsten Wege zu beseitigen. Die uns noch bevorstehenden Kämpfe müssen uns gerüstet finden.“

Roter Betriebsrat gemahregelt

Mit raffinierten Mitteln ist man von Seiten der Betriebsleitung in Verbindung mit der Direktion daran gegangen, die Entlassung des rechtmäßig gewählten Betriebsratsmitgliedes W. Santich vorzubereiten. Der Antrag der Direktion zur Entlassung des Betroffenen wurde von Seiten des Betriebs- und Betriebsrats abgelehnt. Hierauf wandte sich die Firma an das Arbeitsgericht in Ziegenhain. Das Arbeitsgericht entschied zugunsten des Unternehmers. Die eingeleitete Berufung geht zum Landesarbeitsgericht.

Kollegen, merkt Ihr nicht, was hier geschieht wird? Man will aus den Betrieben die revolutionären Kollegen hinauswerfen. Auch der Dörrbrenner Diebling verurteilt alle die ausfindig zu haben. Tretet für den Kollegen Santich geschlossen ein, schließt die Kampffront gegenüber dem Unternehmer und seinen Lakaien, den Sozialfaschisten. Kämpft für die Verbesserung eurer gefährdeten Tarifverträge.

Joselli
JUNO
oM. rund
Die stets gleichbleibende
CIGARETTE 4 3



Dienstag, 19. August 1930.

Wahlkonzert

Die Nazis blühen die Kriegstrompeten, Die Hitler- und die Straßer-Partei. Deutschnationale geß'n langsam klüben, Bestarrt legt beim Landraub ein Kaduudet. Die Zentrumsstapfen aber blafen Für sich einen neuen Wahlchoral. Hysterische Jünglinge und alle Vales Weißen sie damit auf jeden Fall.

Demokraten tüchtig die Trommel rühren. Sie gründen die neue Staatspartei Mit Maßraum, der strebt auf allen Vieren, Er darf natürlich nicht fehlen dabei.

Die Sozis blühen von neuem ins Horn. Sie kommen schon wieder mit ihren Lügen Und betrogen die Wähler von hinten und vorn: „In diesem Zeichen werden wir siegen!“

Deutsche Volkspartei stellt den Dirigenten Zum diesmaligen großen Wahlkonzert. Sie wissen noch nicht, wie es wird enden. Und wir sagen auch: „Wer weis, wie's wärd.“

Kommunisten blühen allen tüchtig den Marsch Und treten der Gesellschaft in den - Fuß.

R. M.

Noter Wahlausstoß ruht zum Kampf Sturm auf die Betriebe!

Die Kommunistische Partei des Stadtteils Süd hat am Sonnabend, dem 16. August, die Vertreter der proletarischen Massenorganisationen zusammenzurufen, um mit ihnen gemeinsam den Wahlausstoß für die Durchführung des Wahlkampfes festzusetzen. In einer regen Aussprache erklärten die Vertreter aller Organisationen zum Ausdruck, daß sie es für ihre Pflicht machen, in den nächsten Tagen und Wochen die gesamte Arbeiterschaft für den Sieg der Liste 4 zu mobilisieren. Das Ergebnis der Aussprache war die Bildung eines roten Wahlausschusses. Der Wahlausstoß richtet einen Appell an die Belegschaften der Betriebe des Stadtteils Süd,

Isolier Betriebsveranstaltungen einzuberufen und zum Wahlkampf, sowie zum Steuerraub der Brüning-Regierung Stellung zu nehmen und Delegierte in den Wahlausstoß der revolutionären Arbeiter zu entsenden.

Lehrer, Erwerbslose, Frauen, Jungarbeiter des Stadtteils Süd! Der rote Wahlausstoß fordert Euch auf, als rote Wähler für die Liste der SPD zu agitieren. Schärft Euch in Massen um die kommunistische Partei, zum Kampf gegen den Nationalsozialismus und die sozialdemokratischen Volksfeinde. Macht den 14. September zu einem Großkampftag für den revolutionären Volkskampf gegen Steuerdiktatur und Wahnsinn!

Note Wahlfestheraus für den Sieg der Liste 4!

425 Massenbrothüren

„Rote Wähler“ konnten die Genossen des Stadtteils Westen mit Unterstützung der Mitglieder der Antifa innerhalb drei Tagen umgeben. Dieses Beispiel zeigt, daß der Erfolg sicher ist, wenn gewacht wird! Der Stadtteil Westen hat im Vertriebs unserer Massenliteratur den Rekord gezeichnet. Welcher Stadtteil tritt mit den Western in den Wettbewerb?

Der herr Landrat spielt Tennis

„A.“ Heute morgen hummelte ich mit einigen erwerbslosen Kollegen durch die Mansfelder Straße. Unser Ziel war der Sandanger. Als wir an den Tennisplätzen am Sandanger vorbeikamen, blieben wir stehen und sahen dem Treiben der weißgekleideten „Herren und Damen“ zu, die sich durch das Tennisplatz die Zeit vertreiben.

„Baben die's gut?“ — meint ein Kollege, der in vier Wochen ausgefressen ist und sich schon jetzt den Kopf darüber gerät, wie er dann mit seiner ledigen Familie durchkommen soll. — „Saubere Gebeißt, gut gerührt, keine Koralle, dazu alle Annehmlichkeiten des Lebens.“ Ein anderer Kollege, mit mürrischem Gesichtsausdruck, forschte uns gerade auf, weiterzugehen und „dieses Geschmeiß“ unter sich zu lassen, als auf dem Tennisplatz jemand einem der Jungen, die die Bälle herbeibringen mußten, rief: „Bring doch mal Herrn Landrat die Bälle!“

Wir hätten „Herr Landrat“? Noch einmal musterten wir die „Herren“ Tennispieler, bis ein Kumpel rief: „Gut guck da, der SPD-Landrat Streicher spielt Tennis. Der magt wohl eine Enttarnungstour?“

„Wer, der trainiert für die Kreisratswahl. Denn jo, wie er sich jetzt die Bälle vom Kette zu halten verhält, will er in der Sitzung auch die Anträge der SPD für die Erwerbslosen los werden.“ Gelächter war die Antwort auf diesen treffenden Vergleich des Genossen Emil, der trotz seines Elends den Mut nicht verloren hat und im Wintergehe noch lagte.

„Wenn Streicher erst mal mit uns „Tennis“ spielt, wird sein Gesicht kein jo zufriedenes Bäcklein zeigen.“

Wanderburthen als gewerbsmäßige Einbrecher

Vor etwa 8 bis 10 Tagen ist bereits berichtet worden, daß der Schlosser Johann Simon aus Nürnberg zwei Wohnungseinbrüche in Halle verübt hat und in Altenburg i. L. H. festgenommen worden ist. Durch umfangreiches Bestallungsmaterial der Nürnberger Kriminalpolizei konnte Simon, noch weiterer 47 Einbrüche und Diebstähle überführt werden, die er mit einem Komplizen aus Halle, der jetzt auch noch festgenommen werden konnte, in Nürnberg und auf seinen Wanderburthen durch Bayern, Württemberg und Baden bei jeder sich bietenden Gelegenheit verübt hat.

Mühtung, Stadtteil Südwest!

Die Genossen und Genossinnen der Sammelkolonne treffen sich heute abend 8 Uhr im Lokal Reichlich zu einer kurzen Besprechung. Reichliches Ergebnis ist Pflicht!

Die antibolschewistische Liga in der DDR. Halle

Sozialdemokratische Wahl-Stintbomben, die ihr Ziel verfehlen

Auf unseren Briefen vom 8. 8. 30: „Der neue DDR-Direktor Langer stellt sich vor“ wird die antibolschewistische Liga am letzten Sonntagabend eine „Entgegnung“ auf unsere Ausführungen über den Bestellungsplan Langer verübt. Der sozialdemokratische Aktivist in einem prägnanten Wortschwall abstrukt. Zunächst stellen wir fest: Es ist uns gar nicht eingefallen, die Tüchtigkeit der kommunistischen Verwaltung zu behaupten, sondern unsere Kritik war die, dass die Verwaltung des DDR-Direktors Langer gar nicht so bewiesen. Die in unseren Darlegungen angeführten Beispiele werden in dem Schimpfartikel des „Vollblatts“ gar nicht erwähnt. Man geht auch nicht auf die

„Nisten seine Angst“ mehr haben, hört man manches fleißige Geschwätz aus dem

Stoll in der Beiragsabteilung.

So bestand eine Zeitung ein regelrecht Wettstreit mit den Freunden des Herrn Claus, der darin bestand, möglichst wenig zu leisten. Wer zwielf machte, wurde von Claus in überaus freundlicher Weise vernahmt. Einen besonderen Beweis für die Sachverständigkeit der Beiragsabteilung liefert der jetzt zur Besonderen Verwendung in den Beiragsabteilung geförderte Mann Langer. Seine „Arbeit“ bestand darin, die beiragsfähigen Unternehmer durch einen an Irrsinn erinnernden wortreichen Briefwechsel zu mahnen. Als diese Art des „Beiragszuges“ im Vorstand erörtert wurde, verteilte sich Claus damit, daß die Herren Unternehmer doch verlangen könnten, an fünf bis sechs Stellen hufscholl vor sozialdemokratischer Unternehmerfreundlichkeit. Das „Vollblatt“ erwähnt mit keinem Wort, daß der Negativ Claus vor lauter Kampf gegen die kommunistische Verwaltung sogar die Beiragsabteilung, die die Unternehmer vom Lohn einhalten haben, vergrößert hat und daß heute außer Claus nur die Schäden niemand verantwortlich zu machen ist, denn Klaus hatte ganz „pergesen“, seinem Freund Langer für eine starke Reformverwaltung zu interessieren. Es wurde nur das getan, was den Herrschaften gerade Spaß machte. Von Organisation keine Spur.

Schlichter wurde waren diese herablassenden Forderungen nur dadurch möglich, daß die Männer um Claus einen so gesegneten Rückversicherungvertrage bei ihrem Herrn und Meister Grüber abgeschlossen hatten, damit ihnen von der kommunistischen Verwaltung ja kein Haar gekrümmet werde. Ueber diese hervorragende

Zusammenarbeit Grüber mit dem sozialdemokratischen Kleeblatt Ebeling, Vielegang, Langer

lowie den Negativen Claus sind übrigens auch schriftliche Beweise vorhanden. Da ist es denn auch kein Wunder, daß ein Mensch unter der Einwirkung dieser von Grüber verübten Intrigen die Lust zum Völkermord bekommen hat.

Das ist die Wahrheit über den jo behaupteten Nutzen von Arbeitkräften, der sogar dem Untersuchungsrichter anonym mitgeteilt worden ist. Wir würden uns nicht mit den lächerlichen Tiraden des „Vollblatts“, die das professionellste Sündenbekenntnis beinhalten, so weitgehend auseinandersetzen. Wir wollen dieses Schmierblatt damit nicht in Form eines Beiragsabteilung gemacht hätte, die kommunistische Verwaltung der Schwörung der beiragsunfähigen Unternehmer zu beschuldigen. Ueber einige weitere sozialdemokratische Stintbomben gegen die Kommunisten in der DDR, werden wir noch berichten.

Die Morphium-Nüäre des Herrn Zwanzig

eine hochpotenzielle Angelegenheit der reaktionären Krankensaftmänner

In der morphiumhaltigen Angelegenheit gegen den deutsch-nationalen Krankensaftmänner Zwanzig zu erörtern wir, daß die Anklage nicht unsere Angaben voll befriedigt. In seiner Sitzung hat Herr Zwanzig aber den Landratsamtsdirektor Langer als Zeugen angegeben. Bekanntlich hat dieser „starke Mann“ die merkwürdige Schwäche gehabt, Herrn Zwanzig im Unmündigkeitsverfahren sein Gutachten für ein betragsfähiges, dem die Angaben des Zwanzig überaus feine Recht hätte, Arzneimittel auf Kostenlosen zu beziehen, da er ausgeübert war, wurde vom Landratsamtsdirektor Langer durch eine „Bescheinigung“, Zwanzig sei nicht ausgeübert, widerlegt. Diese „Bescheinigung“ verhängte Langer zur Unterscheidung des Bescheinigungsträgers. Es handelte sich hier um einen offiziellen Bescheinigungsträger gegen die geistlichen Berufsangehörigen. Nach diesen Vorschriften war Zwanzig von Amtswegen verpflichtet, nachzusprechen, ob die Angaben des Zwanzig keine Ansprüche an die Rolle mehr hätte, die Lungen entgegen. Wie nun die Bescheinigung, hat Zwanzig da einem Diktum nennend, so daß die „Bescheinigung“ des Direktors Langer ja ist. Unlänglich diese famolen Bescheinigung ist demzufolge auch die Zeugenschaft des schwachen Mannes Langer zu bemerken. Er wird jedenfalls seinem Herrn und Meister Zwanzig alles zu Liebe tun, damit er sich besten und die Günst des Herrn Zingens nicht verfehlt.

Der Uhrmacher im Noten Turm

Am Freitagmorgen, dem 16. August, wurde wieder einige Lebenszeichen von j. Optimisten nachden bereits wieder, daß sie vollkommen lebte. Das ist jo nicht der Fall. Zurzeit sitzt, wie wir hören, ein Uhrmacher darin, der das alte Rad fast vollständig überholt, die weitere vorfindenden Hemmungen beiläufig und die Übertragung der Ringe nach dem Glocken nachprüfen. Ebenfalls wird sie aber bald wieder Zeit und Stunde anzeigen und schlagen. Gleichfalls wird eine zweite Uhr, die über der Arbeiter-Poste in der Geißstraße front und zurzeit auch an Unfähigkeit leidet, wieder in Gang kommen. Vielleicht werden es nur wenige, daß die Uhr aus der Arbeiter-Poste die Uhr aus dem Rathaus der Neumarkt-Vorstadt ist, das hier gefahren ist. Es handelt sich gleichfalls, wie bei der Noten-Turm-Uhr, um eine handgeschriebene Arbeit.

Verkehrsregeln für Fußgänger

1. Sind Gehbahnen oder Fußwege vorhanden, benutze sie! Die Fußbahn den Fußweg!
2. Gehe rechts, weiche rechts aus, überlohe links!
3. Ueberstreife die Fußbahn auf kürzestem Wege! Bis zur Mitte bleibe links, dann rechts. Bleibe nicht an Stellen stehen, wo Dir Gefahr drohen kann!
4. Gehe nicht unmittelbar vor oder hinter Fahrzeugen über die Fußbahn, Du überstehst sonst Gefahren!
5. Auf- und Abzweigen bei fahrenden Fahrzeugen kostet oft die Gesundheit oder gar das Leben!
6. Wirf keine Abfälle oder Müllstücke auf die Straße!
7. Die Straße ist kein Spielplatz! Bewahre die Kinder vor den Verkehrsfahrern. Erziehe sie zur Ordnung, Borsicht, Mühsicht!

Dreimal leicht verletzt

Gestern gegen 18.45 Uhr wurde am Steinweg eine Frau von einem Motorabfahrer angefahren. Sie wurde leicht verletzt, konnte ihren Weg jedoch allein fortsetzen. In der Ecke Glausauer Straße und am Kette leicht verletzt. Auf dem Marktplatz wurde ein Mann von einem Pferd vor das rechte Knie gefahren und leicht verletzt.

Der Polizeibericht vom gestern: Am 19. August gegen 1.35 Uhr wurde das Ueberfallkommando nach der Kleinen Ulrichstraße gefahren, da dort Polizeibeamte bedroht sein sollten. Es handelte sich aber nur um Sittierung eines Mannes wegen Aufsehörung, der inswischen zum Polizeirevier gebracht worden war. Ein Eingreifen des Ueberfallkommandos war nicht erforderlich.

„Schulstreik.“ Infolge einer irrtilmlichen Information berichteten wir in unseren Mitteilungen, daß der Rektor Mansfeld in der Verammlung im Februar gegen die mittlische Schule aufgetreten sei. Wie wir erfahren, hatte sich Mansfeld jeglicher Meinungen gegen diese Schule enthalten.

Verschwendung der Kaffeemittel

durch genterneilten Anlauf von Formularen aus der „Anmerkungsbuch“ Kaffee des ein, deren Unmöglichkeit feststeht. Ebenso nicht auf die Herstellung eines roten Notens von Büroarbeiten aus dem Weidemann'schen Redaktionsverbandes, was beknüpfelt unter dem sozialdemokratischen Betriebsrat Vielegang, Langer und Ebeling geschah. Was

Sowjets in China!

Der Weg zur Befreiung

Hierüber spricht am Mittwoch, dem 20. August, 20 Uhr, im „Vollblatt“.

Genosse Willi Leow, Berlin.

Werkätige von Halle!

Bekundet durch Waffenbesitz Cure Solidarität mit der proletarischen Revolution!

Alle Arbeiter und Arbeiterinnen versammeln sich um 7 Uhr auf dem Hieselpark zum Empfang des Genossen Reom! Spielmannszug des ASS. und Kapelle zur Stelle!

Wären nun diese Sozialfaschisten zu ihrer Rechtfertigung an? Diese „Vollblatt“-Artikel verurteilte Rechtfertigung ist ein böses Verleumdungsgeschäft. So behauptet man, daß die Genossen Käß und Wiegmann in der Klasse tagelang abwesend gewesen seien. Sozial Notte, sozial Weis. Wenn sich das überhaupt feststellen ließe, warum lagen dann diese Herren erst jetzt, wo sie noch die Gelegenheit gehabt hätten, nach bewährter Weise die Aufklärungsarbeiten, also Herrn Geheimrat Fingler, zu benachrichtigen?

Wer hat denn mit den Kaffeemitteln gewollt? Meinen die Herren Sozialfaschisten etwa die famole Synthese Sudebode? Da läten sie aber wirklich besser, sie bestreiten ihre eigenen Gesinnungen denn die ihr so gemessen, die nicht nur falsche Verleumdung sind, sondern in die Verantwortung überlassen, sondern das Verleihen auch fortgesetzt erörtern, um ihren Gesinnungen, die in der Weltweise sehen, aus der Klasse zu heften. Die sozialdemokratischen Betriebsräte brauchen sich da nur mal bei ihrem Genossen und Stadtrat Käß und Wiegmann zu erkundigen. Dann sollen die Kommunisten diesen Formel und Organisationsvorschriften der Partei, die Komparten und Märgen angeschlossen haben. Erstens einmal handelt es sich hier um keine Organisationsvorschriften, sondern um laufenden Bürobedarf. Dann passiert den sozialdemokratischen Artikelverleibern aber folgendes: Die Märgen und Wärgen werden auf Wunsch des ehemaligen „Dona“-Betriebsrat angeschlossen, der fortgesetzt auf Einwirkung einer Registrierung drang. Er machte sich auch mit Feuerkraft in die Sache, bis er letzten tuberkulösen Zustandes wegen aus dem Verkehr gezogen werden mußte. Da auf einmal war es aus. Die Einwirkung wurde als „überflüssig“ im Betriebe hingeworfen. Dann wollen die Sozialfaschisten einen ganz furchtbaren „Beweis“ erbringen, nämlich, daß Käß und Wiegmann heute noch als Beschuftigte der Bezirksleitung der SPD ihre Vemter führen. Diese „Verdächtigung“ ehrt unsere Genossen ohne Zweifel. Aber — wenn nun diese schäufliche Denunziation den verantwortlichen Redaktionsleitenden Formel veranlassen sollte, den berechtigten Wärgen-Erlaß auf die Genossen Käß und Wiegmann einzuziehen? Nun, warten wir ab. Langer, der wir schon gelobt, frankheitsvoller aus dem Verkehr mit den Verführten gezogen werden mußte, hatte übrigens zunächst verurteilt den Genossen Käß herauszutreiben, daß der Vorstand ihm die Stelle eines Leiters des Schulunterrichts in der Kommune Käß überlassen hat. Herr Genosse Käß erwiderte aber, daß er in dieser Angelegenheit wegen Unzulänglichkeit und auch auf Grund des Verhaltens des Herrn Langer nichts tun könne. Erst nach diesen Vorfällen machte Langer die Entdeckung, daß die Überleitung nicht richtig organisiert sei. So ist ein Sozialfaschist

Heinliche und geschäme Kasse

für die Abweilung eines sachlich unumkehrbaren Wunsch. Trotzdem der Zustand des Herrn Langer sich eher verschlechtert hat, brachte es der „Hilffiche“ Direktor Langer fertig, diesen Mann als Abteilungsleiter wieder in Verfassung mit den Verführten zu bringen. Eine notwendige Voraussetzung aus dem Abteilungsverkehr wird also auf einmal als „Mittelmaß der kommunistischen Vorstandsmeinheit“ hingestellt. Und dann die ominöse

„Wenachführung der Beiragszugeskarte.“ Wir hatten schon in unserem Artikel darauf aufmerksam gemacht, daß Rückstände, die vom Direktor Langer seit einem halben Jahr nicht bearbeitet worden sind, heute den Kommunisten nicht mehr ans Bein gebunden werden können. Gleichwohl wird daselbe noch „nachgeplärt“. Richtig ist da vor allem auch die fiesonische Ausnahme des Renegaten Emil Claus durch die Sozialfaschisten. Der „Hof der linientreuen kommunistischen Verwaltung“ muß ja furchbar gewesen sein. Wir müßten hier schon auf die engen Beziehungen der Sozialfaschisten Vielegang, Langer und Ebeling, die sie in Verein mit dem Renegaten Claus zum Unternehmenslebensrat Grüber unterhalten näher eingehen.

Claus hatte, um sich dort in Empfehlung zu bringen, auf „freigewerkschaftlicher Grundlage“ eine regelrechte

antibolschewistische Liga gegen die kommunistische Verwaltung organisiert. Kein Wunder, daß in seiner Abteilung, die als zu diesem Zwecke besonders als Sturmhub aufgebaut hatte, alles drunter und drüber ging. Dieser Zustand wurde insofern vergrößert, als Claus plötzlich auf den verurteilten Gedanken gekommen war, die Sozialfaschisten für eine Führung zu machen, weil ihm „nachgeplärt“ Richtig ist da vor allem auch die fiesonische Ausnahme des Renegaten Emil Claus durch die Sozialfaschisten. Der „Hof der linientreuen kommunistischen Verwaltung“ muß ja furchbar gewesen sein. Wir müßten hier schon auf die engen Beziehungen der Sozialfaschisten Vielegang, Langer und Ebeling, die sie in Verein mit dem Renegaten Claus zum Unternehmenslebensrat Grüber unterhalten näher eingehen.

Claus hatte, um sich dort in Empfehlung zu bringen, auf „freigewerkschaftlicher Grundlage“ eine regelrechte antibolschewistische Liga gegen die kommunistische Verwaltung organisiert. Kein Wunder, daß in seiner Abteilung, die als zu diesem Zwecke besonders als Sturmhub aufgebaut hatte, alles drunter und drüber ging. Dieser Zustand wurde insofern vergrößert, als Claus plötzlich auf den verurteilten Gedanken gekommen war, die Sozialfaschisten für eine Führung zu machen, weil ihm „nachgeplärt“ Richtig ist da vor allem auch die fiesonische Ausnahme des Renegaten Emil Claus durch die Sozialfaschisten. Der „Hof der linientreuen kommunistischen Verwaltung“ muß ja furchbar gewesen sein. Wir müßten hier schon auf die engen Beziehungen der Sozialfaschisten Vielegang, Langer und Ebeling, die sie in Verein mit dem Renegaten Claus zum Unternehmenslebensrat Grüber unterhalten näher eingehen.



Kraftwerk Dnjeprostroj – das kühnste Bauwerk aller Zeiten

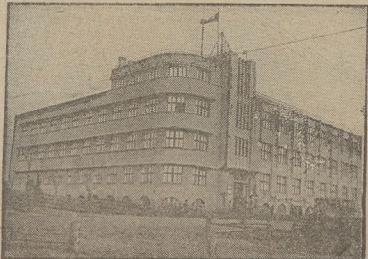
Der Name der sozialistischen Stadt ist noch ungewiß. Elektropolis heißt sie in den Plänen. Groß-Saporosje sagen die Ukrainer, in Erinnerung an die heldenhafte Befreiungskämpfe dieser Kofateniedlung. Von Tausenden von Arbeiterhänden errichtet, von Hunderten von Architekten und Ingenieuren projektiert, erheben sich schon jetzt die einzelnen Teile dieser Stadt.

Wir fahren den Berg von Saporosje nach Kijschas hinan, der Brücke entgegen, der über den Dnepr führt. Richtig weist sich vor unsern Augen der Horizont. Dnjeprostroj liegt vor uns. Das Zentrum, die Kraftquelle der neuen Stadt, der elektrische Pulsschlag, der meistens in das Land hinein einer endlosen Reihe von Werken die Betriebskraft geben wird. Die größte hydroelektrische Station Europas, die zweitgrößte der Welt. Dnjeprostroj mit seinem Kombinat von Fabriken und der Stadt, die im Aufbau begriffen ist, eines der kühnsten Bauwerke der Gegenwart.

Der kühnste Bauplan

Das Projekt, den Dnepr schiffbar zu machen, ist uralt. Der Kaiserkanal jedoch um das Jahr 1800, sowie der Versuch Nikolskis 1. einige Jahrzehnte später, der für seine Kriegsstöße ein Ausfalltor ins Schwarze Meer benötigte, mislungen.

Von 1900 bis 1918 gab es unter dem letzten Zaren 16 Projekte. Ihre Durchführung scheiterte am Widerstand der Großgrundbesitzer und des Bandoliers (der Fürsten Romanow und Grafen Steenbod-fermoor), die große Güter in dem Gebiet besaßen, das unter Wasser hätte gesetzt werden müssen. Zweifel-



Das Gebäude der Bauleitung

los spekulierten sie aber auch daran, daß es der Privatinitiative an der Konzeption mangelte.

Nach der siegreichen proletarischen Revolution entwarf Prof. Alexandrow das 17. Projekt, den gewaltigsten Bauplan aller Zeiten. 1921 wurde es vom Räte der Volkswirtschaftsgrundlagen beauftragt. Von 1921 bis 1926 arbeitete er es mit 120 Ingenieuren in seinen Einzelheiten aus.

Die Wasserstraße des Sozialismus

Das gigantische Werk am Dnepr hat zwei grundlegende Aufgaben: 1. die Schaffung einer überragenden elektrischen Station, 2. die Schiffarmachung des Dnepr. Die Schiffahrt scheiterte bisher an den großen vulkanischen Granitfelsen, die den mittleren Dnepr unbeschränkbar machten. Durch die Errichtung eines hohen Damms bei Kijschas wird die Wasserfläche um 36 Meter über ihr heutiges Niveau gehoben. Ein großes Schleusenystem wird die Schiffe über den Fall hinüberbringen. 200 000 000 Kubikschiffsladungen wird der Kanal aufnehmen. Anrechtweg werden sie die Küstländer des Nordens: Soß, Leinen, Senf und Wolle nach dem Süden, und die des Südens: Weizen, Getreide und Holz nach dem Norden bringen. Von Saporosje bis zum Schwarzen Meer wird der Dnepr eine Wasserstraße des Reichtums und des sozialistischen Aufbaues sein.

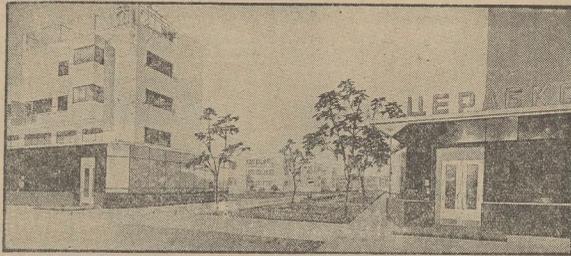
Die hydroelektrische Station

Um die Wasserfläche des mittleren Dnepr auf 36 Meter über ihr jetziges Niveau zu heben, ist es notwendig, einen gewaltigen Damm quer durch den Dnepr zu errichten, dessen Länge 760 Meter, dessen Höhe 62 Meter und dessen Breite 40 Meter beträgt. Er ist gewaltiger als der Nilsondamm in der USA, und der Wuandamm am Nil. Auf seiner Plattform werden Straßenbahnen und Autobusse verkehren trotz der zwei Eisenbrücken, die in unmittelbarer Nähe gebaut und die Verbindungswege der Stadt zu beiden Seiten des Dnepr sein werden.

Die ungeheuren Wassermengen, vom Damm gestaut, werden 16 000 Hektar Land überschwemmen, 12 Dörfer müssen vollständig haben die grundlegenden und wichtigste Aufgabe von Dnjeprostroj zu erfüllen, die Turbinen zu bewegen. Neun Riesenturbinen zu je 90 000 PS, werden die Wasserenergie in Elektrizität umwandeln. Die 810 000 PS, ergeben eine elektrische Kraft von 603 000 Kilowattstunden, in einem Jahr eine Energie von 4 Milliarden Kilowatt. Der Selbstkostenpreis pro Kilowatt beträgt 8 bis 4 Kopfen, der minimale Verkaufspreis pro Kilowatt 1 bis 2 Kopfen, das ergibt einen Jahreserlös von 12 Millionen Rubel.

Dnjepro-Kombinat

Um die Energie dieser Station und den großen Schiffverkehr, der in nächster Zukunft die neue Stadt am Dnepr zu einem der durch den Fünfjahresplan geschaffenen Mittelpunkte der Sowjetunion machen wird, auszunutzen, baut man ein



Eine Straße in der neubauten sozialistischen Stadt

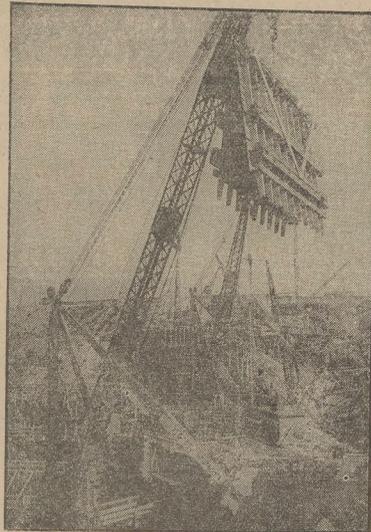
Riesenneß von Fabriken, die ihre Betriebskraft aus der hydroelektrischen Station beziehen werden und die in ihrer Gesamtheit Dnjepro-Kombinat heißen. Zum Bestand dieses Kombinat gehören: Ein Hüttenwerk mit einer Leistung von 1 000 000 Tonnen; ein Wert zur Erzeugung von hochwertigem Spezialstahl mit einer Jahresleistung von 160 000 Tonnen; eine Fabrik zur Herstellung von Ferrolegierungen mit einer jährlichen Produktion von 200 000 Tonnen; ein Wert für Ferro-mangan mit einer jährlichen Leistung von 80 000 Tonnen; eine Aluminiumfabrik mit einer Jahresproduktion von 15 000 Tonnen und eine Fabrik für Schlacken-zement mit einer Jahresleistung von 2 000 000 Fäßern Zement.

Vier weit über diesen Rahmen hinaus wird die Elektrizität geleitet werden, und zwar nach Norden bis Dnjepropetroawl, nach Nordosten bis Wargonjes, um die großen Hochöfen, Eisengruben und Bergwerke zu betreiben, nach Süden bis Melitopol und nach Osten bis in die Guben des Donbass hinab. So wird diese Stromquelle, die am Dnepr entlang bis Cherson zur Betriebskraft großer und wichtiger Industrieunternehmen werden wird, auch die Energiequelle sein, die die neue Stadt und das ganze landwirtschaftliche Gebiet ringsum beleben wird.

Die Stoßbrigade des Komsomol

In großer Zahl des Ingenieurklubs hat die Dnjepro-troitel Komsomolorganisation ihre Versammlung einberufen, um durch neue Stoffbrücken die beschleunigte Durchführung der von der Partei gestellten Aufgaben zu sichern.

Die Jungarbeiter der ganzen Umgebung sind versammelt und halten Gericht über Fortschritt und Entwicklung der Arbeit. Munters, helle, junge Gesichter, aufgeweckte, selbstbetrieuete Menschen, fast durchweg am Werte selbst beschäftigt. Mädchen



Dammbau am linken Ufer

mit roten Stoffhütchen und frohen Lagen Arbeiterstudenten aus den Spezialschulen von Dnjepr-Sawod-Stroj (der im Aufbau befindlichen Werke am linken Ufer des Dnepr). Auf der Bühne an einem langen Tisch unter dem Bild Lenins sitzen ungefähr zwanzig junge Genossen, das Plenum des Kreis-ausschusses der Komsomol. Ein junger glatzgesichtener Arbeiter referiert. Nüchtern und sachlich gibt er einen Ueberblick über den Arbeitsprozeß. Schildert die Fortschritte am linken Ufer und geht Schwierigkeiten an, rechnet auf. Er zitiert den Bericht der Abteilungskommission über die Fortschritt und Güte des Aetionbaus der Schienen. Und dann beleuchtet er die Aufgaben der Jugend und die soziale Selbstkritik. Die Stoßbrigaden des Komsomol sind überall am Werke des Aufbaus in der ersten Reihe.

Rote Arbeits-Heerschau

23 000 Werktätige arbeiten an dem grandiosen Bau von Dnjeprostroj. Ein meilenweiter Kriegsschauplatz der Arbeit. Tag und Nacht, Schicht um Schicht bewegen sich in ununterbrochenem Arbeitsjahr der Fünftageswoche die Maschinen. Ein scheinbares Chaos von Kränen, Baggern, Lokomotiven, Zementmaschinen, turmhohen Gerüsten, auf denen Menschen balancieren. Das Kratzen der Steinbohrer, das Heulen der Dampf-turbinen, die Detonationen der Sprengungen erfüllen die Luft. So weit das Auge reicht, zielebuheter Aufbau. Eine unbemerkbare geheime Macht organisiert und lenkt den Mechanismus. Es sind nicht mehr Industrieröhren und ihre An-treiber. Das Ziel, das Bewußtsein, am eigenen Werte zu schaffen, bewegt die Masse und erfüllt sie mit freudiger Schaffenskraft.

Sozialistischer Wettbewerb

Der große Damm wird von beiden Ufern des Dnepr aus gleichzeitig der Mitte des Flusses zu gebaut. Die Arbeiter auf beiden Seiten des Ufers setzen miteinander einen scharfen Kampf aus. Sie haben einen sozialistischen Wettbe-werb um die höchste Leistung an Qualität und Tempo der Arbeit abgeschlossen. Und nun leben sie mit Urangenen von einem Ufer zum andern. Wie weit sind die dort drüben? Haben die einen Vorrprung? Das gibt es nicht. Intendier an die Arbeit!

Auf jedem Ufer sind zwei große Tafeln aufgestellt: Heute am Sowjetischen Tage des Fünfjahresplans hat vom rechten Ufer (oder vom linken) der Dammbau ein bestimmtes Stadium zu erreichen. Die Zahlen des gezeigten Baues sind auf diesen Tafeln verzeichnet. Und nun schauen sie täglich zu beiden Seiten des Dnepr: Ist das gesteckte Ziel erreicht, überschritten – hinkt man dem Plan nach? Rechts leuchten weit über das Baugelände, wo keine Stunde die Maschinen ruhen, wo Schweißwerk und Riesenlampen das Gelände fälmartig erleuchten lassen, grüne und rote Signale, welche berichten, wieviel Tonnen Beton jedes Ufer an diesem Tage geschafft hat. Die roten Lampen bedeuten 300 Tonnen, die grünen 100. Daraus werden fünfmalige Resultate kombiniert. So bleibt auch nachts der Vorrprung im Wettbe-werb sichtbar. Weit in das Land hinein leuchten die Signale des sozialistischen Aufbaus.

Kollektives Leben

Dnjeprostroj ist ein Meßta der Werktätigen. Hunderte und Tausende von Arbeitern kommen täglich, um mit eigenen Augen die Entwicklung des Werkes zu sehen.

In extra für sie bestimmten Zelten kampieren sie, ein Speer-lager aus allen Teilen der Ukraine, Rotarmisten, Jungarbeiter, Pioniere, sehr oft Vgiltprotruppen, die mit den Arbeiter-delegationen der großen Fabriken mitkommen.

Wir sitzen in dem großen und nach den Grundrissen modernster Hygiene erbauten Fabrikrestaurant beim Mittagessen. Auf dem Podium des mit bunten Transparenten ausgestatteten Saales spielt eine Truppe schmilfige politische besonders den Wirtschaftsaufbau betreffende Szenen. Nach der intensiven Arbeit des Tages haben die meisten einen gesunden Hunger mit-gebracht. Und während sie essen, sich unterhalten und ausruhen, freuen sie sich am Spiel.

Wie überall in der Sowjetunion hat auch hier das Leben der Arbeiter neue Formen angenommen. Große Klubs, Theater und Bibliotheken stehen den Dnjeprostrojer Arbeitern zur Verfügung. Der kollektivistische Geist verdrängt Trunk und Würfelspiel. Unter den fastberühmtesten Arbeitern ist das noch kaum zu finden. Der neuen Generation bleibt es voll-kommen fremd.

Die Herrschaft der Arbeiterklasse verwirklicht Utopien

Am 1. August 1932 wird Dnjeprostroj funktionieren. Die Schienen werden sich öffnen, die Turbinen sich bewegen.

Die Fabriken ringsum werden ungeheure Arbeitsmassen beschäftigen. In Metallarbeiten allein 40 000 Menschen. Eine große landwirtschaftliche Versuchsanstalt auf der Insel Korsta wird in Zusammenarbeit mit dem Landgebiet rings-um die Organisierung der landwirtschaftlichen Produktion auf elektrischer Grundlage durchzuführen. Eine Stadt, wie sie die kapitalistische Welt nur in der Fantasie ihrer Dichter und Filmregisseure kennt, erhebt unmittelbar und wirklich auf den Spuren des Fünfjahresplans, des gewaltigsten Wertes unserer Zeit. Eine sozialistische Stadt.

Otto Bih.



Heiraten oder Steuer zahlen?

Sehen ist nun Slang eine Broschüre über das Problem der Ledigensteuer im Internationalen Arbeiterverlag erschienen, die auch zu haben ist bei allen Citobüchereien und in der Volksbuchhandlung, Halle, Verdenstraße 14. Obwohl sie in der wichtigsten und geistreichsten Weise diesen verdrängten und ungeliebten Steuerpflichtigen gegen die Unmenschlichkeit des Staates, gibt sie in überaus leichter und fester Form einen Überblick über die Verhältnisse des Hindenburg-Brünnensystems.

Slang zeigt die ganze Verlogenheit dieser „Gesetzgeber“, die den Steuerraub mit dem Demoralisieren einer sozialen und moralischen Begründung zu rechtfertigen suchen. Früher galt die Ehe als das Vorbild aller gut bürgerlichen Tugenden. Stammtisch, Kaffeetrinken, Scharfheit, Sparsamkeit, Fruchtbarkeit und Liebe zu Filippantoffeln und Gott, war das Idealbild einer deutschen Ehe. Dieses Bild ist im Laufe der Zeit zerfallen. Nur der Rest macht den guten Bürger aus und ein verheirateter ohne gefüllte Brieftasche ist eben so nutzlos und unterdrückt, wie der ledige Arbeiter, untere Angestellte und Beamte.

Nationalisierung, Massenunbesetzung und Massenelend haben das Leben der Familie längst zerstört und es bleibt nichts als Kämpfe, Entbehrungen und die Leiden des 8. 218.

Anwetterschäden in Mitteldeutschland

Schweres Unwetter über Gommern Ein heftiges Gewitter, begleitet von wolkenbruchartigem Regen, ging am Sonntagmorgen über Gommern nieder. Die Wasserläufe hatten sich in den Straßen und bildeten teichartige Seen von einem halben Meter Tiefe. Der Verkehr in verschiedenen Straßen wurde dadurch auf längere Zeit unterbrochen.

Schweres Unwetter über Meißendorf. — Eine Arbeiterin vom Hilg getötet Bei dem schweren Gewitter, das sich am Sonntagabend über der hiesigen Gegend entlud, schlug ein Blitz in eine Gruppe politischer Arbeiterinnen, die bei der Getreideernte beschäftigt waren, und tötete ein junges Mädchen. Die anderen blieben unverletzt. Das Unwetter richtete außerdem im Dorfe selbst großen Wasserschaden an und vernichtete einen Teil der Obstkerne.

Die Elbe steigt wieder Durch die reichlichen Regenfälle der letzten Woche ist das Wasser der Elbe wieder wesentlich gestiegen. Der Waßer an einem Tage betrug allein zehn Zentimeter, im ganzen in den letzten Tagen

Und doch steigt der Kommunismus!

„Männer der Tat“ braucht die Falschhändeltatur — Seekt, Kandidat im Wahlkreis Magdeburg-Anhalt

„Für oder wider Hindenburg“, das ist die Parole der Treuhänder des „Männer der Tat“-Kampfs, im Wahlkampf. Die „Magdeburger Zeitung“ schreibt, daß unter dieser Parole der Kampf um einen Staat geführt wird, in dem das deutsche Bürgerum der Anteil an der Macht hat, der ihm gebührt. Verständlicher formuliert heißt das: einen Staat, in dem mit der größten Brutalität gegen das hungernde Volk regiert wird.

„Männer an die Front!“, ruft die „Magdeburgerische“, Männer, die nicht ihre Kerzen verlieren und ohne Strupel den Weg der falschhändeltatur gehen. Und dann wird verurteilt, wie sich ein solcher Mann, der nicht seine Kerzen verliert, schon gefunden hat. Es ist der Generaloberst a. D. Seekt, der Kandidat des Reichstages, der sich Spitzenkandidat der Deutschen Volkspartei im Wahlkreis 10 (Magdeburg-Anhalt) werden.

Wer kennt ihn nicht den Seekt? Er war es, der die Reichswehr zu einer schlagkräftigen Bürgerkriegstruppe ausbaute, der dafür 1923, daß sie noch reaktionärer eingestuft wurde als zuvor. Er war es, der im Jahre 1923 von Göring, dem Sozialdemokraten, die falschhändeltatur Gewalt übertragen bekam, und der dann auch als Diktator auftrat. Die Reichswehr ließ er gegen die falschhändeltatur und thüringische Arbeiterfront marschieren, die aus Sozialdemokraten und Kommunisten bestehenden Regierungen stürzen und ein Schredensregiment aufrichten.

Der Leipziger Stadtbank-Skandal zugegeben

15 Millionen Steuergroschen verpulvert

Massenprotest und Steuerkrei ist die Lösung

Advertisement for 'Jeder Parteigenosse' (Every Party Member) featuring 'Wahlfonds-KPD' (Election Fund - KPD) and 'Wahlfonds-SPD' (Election Fund - SPD). It lists benefits: '10 Wahlfondsmarken und jeder erwerbslose Parteigenosse 3 Wahlfondsmarken à 10 Pfennig zu haben.' It also mentions 'Wahlhelfer für Massenvertrieb der Wahlfondsmarken!' and 'Wahlfonds-KPD SP. LISTE 4'.

In einer ununterbrochenen Kette konnte unter Leipziger Arbeiter, die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“, einen Stempel der Stadtbank dem anderen abgeben. Mit Steigbohn begann es zum Frühjahr d. J. Jeden Monat verpfändete sie den Bausparvertrag, an dem die Stadtbank durch hohe Kreditgabe um Millionen von Mark gerückt wurde. Am 19. Juli verpfändete sie eine zugegangene Mitteilung aus den Kreisen des vertriebenen Mittelstandes über den Bankrott der Firma Bernhardt und den Verlust der Stadtbank hierbei. Keine Antwort erfolgte. Am Freitag, dem 8. August, stellten unsere Leipziger Ge-

hierzu ist nach unsern Ermittlungen folgendes mitzuteilen. Es handelt sich hierbei um Kredite, die von der Treuhänderbank nicht hinreichend gesichert beigegeben worden sind. Keinesfalls kann die Rede davon sein, daß diese Kredite in ihrem vollen Umfang als Verlust gelten können. Das ergibt sich schon daraus, daß die Auseinandersetzungen darüber, was die Stadt- und Girobank als Nachfolgerin der Stadtbank von diesen Krediten übernehmen wird, noch nicht abgeschlossen sind und daß dies erst Ende des Jahres feststehen wird. Welcher Verlust tatsächlich eintreten wird, läßt sich also jetzt überhaupt noch nicht feststellen.

Aus dieser Mitteilung ist die ungeheuerliche Tatsache zu erkennen, daß der Verlust der Stadtbank 15 Millionen Mark beträgt. Alle Besichtigungsversuche, daß ein Teil der Summe noch gerettet werden könne, sind ohne Verheißungsversprechen, an die die Leute selbst nicht glauben. 15 Millionen Mark Verlust einer hiesigen Körperschaft zur selben Zeit, wo Leipzigs Oberbürgermeister Dr. Goerdeler durch Einführung der Hungersteuer, durch die Bier- und Getreidesteuer 4,6 Millionen Mark aus der wertvollsten Bevölkerung herauspresst. Diese Tatsache muß in allen Kreisen der Bevölkerung die heftige Empörung auslösen.

Wie wir noch in Erfahrung gebracht haben, hat unter Führung des Oberbürgermeisters Goerdeler eine Pressekonferenz stattgefunden, um der Presse über diesen 15-Millionen-Verlust der Stadtbank Bericht zu geben. Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“, die an erster Stelle den Stadtbank-Stempel aufsetzte, wurde zu dieser Pressekonferenz nicht eingeladen! Auf eine telefonische Anfrage wird der „SZ“ mitgeteilt, daß einige Zeitungen in Leipzig bei dem Oberbürgermeister um Auskunft über die Lage der Stadtbank gebeten hätten und daß demzufolge der Oberbürgermeister die Vertreter dieser Zeitungen zu einer Konferenz eingeladen hat. Dabei läßt sich fest, daß die „SZ“ mehr als einmal und in einer deutlichen Sprache öffentlich Antwort geordert hat und weder damals noch heute eine Auskunft erhalten hat.

Auch diese Verwaltungsmaßnahme bestätigt erneut die Darstellung der „SZ“, daß die Schuldigen alles getan haben, um der Öffentlichkeit den Stadtbank-Stempel zu verschleiern. In den heutigen hiesigen Zeitungen ist eine wertvolle Stelle über diese Tragödie verpörrt. Kein Wort berichtet die bürgerliche Presseanstalt, sondern auf höhere Anweisung hin, über den Stempel. Keinen Pfennig darf die Bevölkerung bei der beschränkten Neueinführung der drei Gemeindefiskalen abziehen und muß sich unter der Lösung der Kommunistischen Partei, unter der Lösung des Steuerkreises sammeln, um so einen erfolgreichen Kampf gegen Hungersteuern, gegen Korruptionen und Mißwirtschaft zu führen.

Gegen den Abbau der Krankentafelleistungen

„Die Verschlechterung wird nicht durchgeführt“

In der Krankentafelvorstandsung der „Hauswirtschaftlichen Baumeister im Bezirk der Stadt und des Umland“ wurde die Stellung genommen gegen die Krankentafelleistungsänderung vom 28. Juli 1930. Auf Antrag der Kommunisten wurde gegen die Diktatorverordnung mit 6 Stimmen der Vorsitzende gegen 3 Stimmen der Unternehmervorteiler beschlossen:

- 1. Der Krankentafelvorstand ersucht die Reichsregierung gegen die Krankentafelleistungsänderung der Reichsregierung vom 28. Juli 1930.
2. Der Geschäftsführer wird beauftragt, bei der falschhändeltatur Regierung zu fordern, daß der Vertreter Sackens in Berlin bei der Reichsregierung Einspruch erhebt gegen die Leistungsänderung.
3. Die Geschäftsführer angewiesen, die Krankentafelleistungsänderung durchzuführen, die Verschlechterung wird nicht durchgeführt.

Zwischenfall auf dem Dresdener Krankentafelstag

In Dresden begann am Sonntag, dem 17. August, der Krankentafelstag. Provoziert durch den Vertreter der Reichsregierung, ein Ministerialdirektor Gröller, den verordneten Abbau der Leistungen die Regierung habe befohlen, sei hätte es durchgeführt.

Als der Vorsitzende Ledermann in dem folgenden Referat einen lauten Protest gegen die ungeheuerliche Reduktion der Krankentafelleistungen, sagte der Ministerialdirektor seine Tatkraft und dokumentierte die verächtliche Einstellung der sogenannten „Selbstverwaltung“ der Krankentafeln durch Verlassen der Tagung.

Karabiner gegen Kirchenaustreit

Am 13. August veranstaltete die Dresdener Gruppe des Bundes proletarischer Revolutionäre, Schriftsteller eine öffentliche Kundgebung in der sie zum Kirchenaustreit aufforderten. Ein gut ausgerüstetes Programm feierte die Stimmung, so daß sich am Schluß eine wichtige Demonstration bildete, um eine große Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen zum Ständesamt zu begleiten.

Die Polizei jedoch, in großer Stärke mit Großkampfmägen erschienen, riesselte alle Junggeheulen zum Ständesamt ab. Als darauf die Arbeiter beschlossen, einzeln zum Ständesamt zu gehen, erklärte der Polizeioffizier: Auch bei Gruppen von drei Mann werden wir von der Waffe Gebrauch machen. Trotz Provokationen und Polizeischlägen, die schon am Morgen mit der Beschlagnahme von Kircharten begannen, demonstrierten die Massen bis zum Mitternachtsfrüh um den Platz, in dem größerer Zahl zu erscheinen.

Die Arbeiterfront läßt sich durch die Einheitsfront von Staatsapparat und Pfaffenamt nicht einschüchtern, sie wird marschieren, trotz allem!

über einen halben Meter. Dadurch haben sich die Ausfahrten für die Schifffahrt wieder erheblich gebessert.

Der Sturm am Sonntagabend hat auch im Kreise Köther schweren Schaden angerichtet. Viele Obstbäume wurden geknickt. Man schätzt, daß etwa 70 Prozent der gesamten Obstkerne im Kreise vernichtet sind.

Weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit in Thüringen

Nach einem Bericht der wirtschaftlichen Wochenchau der Thüringischen Staatsbank ist die Arbeitslosigkeit in Thüringen Ende Juli gegenüber dem Vormonat wieder um 2000 Arbeitslose gestiegen. Die Zahl der Arbeitslosen ist um 47 000 höher als zur selben Zeit im Vorjahre. In der Textilindustrie ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter um die Hälfte zurückgegangen.

Und heßt die Bourgeoisie wieder die wachsende Kraft des Bolschewismus.

Der Bourgeoisie wieder die wachsende Kraft des Bolschewismus. Der Bourgeoisie schlottern die Knie, und angulow auf i. B. die schwerindustrielle „Deutsche Bergwerkszeitung“ aus: „Der asiatische Bolschewismus... erobert mit weltlichem Materialismus verbrämt, Provinz um Provinz unseres geistlichen, unerses wöllischen Lebens. Die Not... klopft von Tag zu Tag vernehmlicher an unsere Tür. Die rote Flut ringsum steigt bedenklich. Wer wird ihr Halt gebieten?“

Darum der Schrei nach Männern der Tat. Deshalb verlangt man, daß Seekt, der Mann von 1923, wieder zur „offenen“ Verfügung für Reich und Vaterland herangezogen wird. Die Bourgeoisie rüdt und ist bereit, den wachsenden Einfluß des Bolschewismus durch militärische Aktionen, durch blutigen Terror aufzuhalten. Doch sie wird auch die revolutionäre Arbeiterklasse gerührt finden. Auch die Arbeiterfront hat aus 1923 die Lehren gezogen. Ein zweites 1923 gibt es nicht. Vergeßlich werden die Bemühungen der Sozialisten und der falschhändeltatur Sozialisten sein, sie werden den Massenbewegungen ihrer Anhänger in die Reihen der SPD nicht aufhalten können. Vergeßlich wird das verbrüderliche Spiel der Nazis sein.

Der Bolschewismus wächst. Die rote Flut steigt und wird alle Schuttdämme des Kapitalismus niederreißen und dem Sozialismus den Weg bahnen. Trotz der „Männer der Tat“, nach welchem die Bourgeoisie sich heiser schreit, wird der Kommunismus siegen und den hungernden und arbeitslosen Millionen Arbeit und Brot bringen!

B. Führer durch die Geschäftswelt für „Klassenkampf“-Leser, Arbeiter, Angestellte und Beamte im Bezirk Halle-Merseburg

| | | | | | | | | | |
|--|--|--|--|--|--|---|--|---|--|
| Richard Fricke <small>Schulstraße 1</small> Bantofel-Abtation / Manufaktur 80318 | | Referiert 117 80416 | | Trinkt die Milch aus der Molkerei Trotha Gebr. Nagel 80108 | | Auto-Kühler Neuanfertigung K. Tappe, Mansfelder Straße 45 80430 | | Lederhandlung H. Pfaffroth Gr. Klausstr. 1 80428 | |
| Beerdigungs-Anstalt Willy Luge, Krutenbergstr. 7 Geschäftsstelle des Deutschen Begräbnis-Vericherungsvereins 80114 | | Rest. Friedr. Thurm , Verkehrslokal für Iberoamerika 80097 | | C. Schober Auto-Die Schmelzstr. 36 Tel. 293-83 80321 | | Rosen-Apothete Merseburger Straße 112 Oder-Rauschbitter Straße 80069 | | Baumgarten, Gr. Steinfr. 17 Fachgeschäft für Bandagen Lieferant sämtlicher Kranenartikel 80183 | |
| P. Lindenhahn, Königstr. 8 Eisenwaren, Werkzeuge Baubeschläge, Oefen, Herde 80326 | | Brennholz offenfeig, à Str. 300, 1,50 lausfeig abzugeben. Wer Schichtfabrik Seilerstr. 7, Tel. 26482 80157 | | Referiert Nr. 9 80150 | | : Antzeilen - Reparatur : H. Schreiber, Kronbacher Str. 80138 | | Hallesche Beerdigungsanstalt „Pietät“ Inhaber: W. Burtel Kleine Steinstraße 4 Telefon 26393 | |
| Baul Araneis, Kohlenhandlung Beelener Str. 222 Telefon 29527 Briketts, Koks, Grude, Holz Preis Hans und Pagar 80322 | | Wäfenchen, fremde Kunst, Futterartikel liefert Friedrich Schradt, Döhlitzer Str. 82-87 80145 | | Referiert für Schmelzwerk Richard Seyer, Landauer Straße 63 80149 | | Referiert Nr. 3 80156 | | Referiert 110 80147 | |
| Elektrische Anlagen Funger & Haage, K. Rast Haus der Elektrotechnik - Geisstraße 28 80176 | | Friedrich Berger ssm. Säbenschneidfabrik Seiffenstraße 15 80149 | | Referiert 113 80124 | | Groß-Lackieranstalt Halle-Diemitz Inh.: Paul Steinbuch, Tel. 34390 80426 | | Kleiner Anzeigen haben 10 (Ausnahme) Große Wirkung H. Fleiß- u. Buchwaren 80106 | |
| Referiert 101a 80307 | | Otto Mucha Tabak- u. Süßwaren-Großhandlung Lindenstraße 12 und Große Pitlöfstraße 8 80109 | | Zoo Herrlich gelegen Ständ. wechselnd. Tierbestand Große Neuanlagen 80101 | | Mostrich- und Speiseöl-Fabrik Wilhelm Krannert & Co. empfohlen Tafelöl, Essigspirit, Weinessig, Speiseöl, Fischmarinaden Fernruf 21028 Kantor und Betrieb: Götterstein 6 80107 | | Färberei Naumann & Co. reinigt, färbt, wäscht preiswert / Fabrik: Jacobstr. 39 80172 | |
| Fliesen liefert und verlegt Gebr. Steizer Döhlitzer Straße 90 Telefon 33650 80421 | | Hallesche Essigfabriken G. m. b. H. Halle a. S. Weinessig - Tafelessig Essigspirit - Mostrich - Speiseöl 80187 | | OPPEL das wahre Volksauto OTTO KÜHN, Halle Tel. 278 51 Merseburger Str. 40 80108 | | Gute Kommode liegen in „Klassenkampf“ 80178 | | Hallensia die gute Eiermudel 80174 | |
| Referiert 106 80414 | | 50 Jahre Ang. Zeit Erste Hallesche Bauerkahl- m. elektr. Betr.-Anlage und Konserven ab groß / Fernruf 26539 80339 | | Molkerei Niemberg empfiehlt ihre Produkte in bester Qualität 80139 | | Gebrauchsgeschirre jeglicher Art liefert die Firma Heinrich Baensch Porzellanfabrik, LETTIN 80335 | | Möbel O. Bernhardt Herdenstraße 19 80194 | |
| Referiert 177 80429 | | Richard Marschalleck Tischlerei u. Glaserer • Jägerplatz 30 80338 | | Extraktreiche Lindpressenzon aus Selbstanbau von Linden, 1 Dtd. sortiert, für 12 Liter aus- reichend Nr. 420 Halle-Trotha 112 80332 | | Referiert Nr. 4 80110 | | E. Eisner , Feinkostfabrik Mühlengraben 12 80197 | |
| Hausfrauen Oskar Sperling Klempner u. Installations Relstraße 24 80177 | | Max Hunger, Adolfstr. 1 Milch, Butter, Spez. Schlagsahne Tel. 216 63 80334 | | Trothaer Straße 20 Herren- u. Damen-Konfektion / Arbeitskleidung 80331 | | Referiert Nr. 4 80110 | | Für die Wiederkehr der: Fleißigkeit • Heeringssalat E. Eisner, Feinkostfabrik Mühlengraben 12 80197 | |
| Halle-Weiß Drogen - Farben - Foto Seifen - Haushaltsartikel Bruno Fritsch , Moritzstraße 1 80168 | | Alb. Müller Futtermittel Glauchener Straße 31 - Fernruf 2857 80189 | | Waldemar Förster Schokoladen Schloßstraße 28 80317 | | Otto Fricke , Fischergasse 1 Das Gersten- Mehl u. sonstige Warenwaren 80330 | | Referiert 101a 80307 | |
| Eise Klingebell W., Weißwaren Merseburger Str. 109 80370 | | Barbara-Drogerie Wertheustra. 104 Tel. 339 50 Garten, Kapellen, Photo, Drogen 80371 | | JOHANNES-DEGREBE Conditorei, Süßwaren, alles zum Speisefest / Photo / Garten 80378 | | Paul Schneider, G. m. b. H. Werkzeuge, Eisenwaren u. Stahlwaren 80180 | | Adler-Drogerie Königsstraße 14 Garten, Conditorei, Süßwaren, Conditorei, 80189 | |
| Max Zaubitzer Steinweg 52 Prima Rohstoffe und Warenwaren Spezialgeschäft 80323 | | Klara Jänicke Star dem unser Lebensmittel 80345 Gebt, das es mit unser Fleiß hat | | Burgliebenau Trinkt nur Braunbier aus der Brauerei Marx 80321 | | Wib. Bauermann , G. Fleiß u. Warenwaren Hallesche Straße 174 80178 | | Bestattungshaus Karl Höfer Spezialgeschäft für Beerdigungen Gartenstr. 10-11 Telefon 488 80001 | |
| Gasthaus „Zum schwarzen Adler“ Verkehrslokal aller Werkstätten 80366 | | M Hermann Platze Fleisch- und Wurstwaren 80340 | | Trinkt Eilemi-Markenmilch aus dem Milchhof Eisleben 80178 | | Bestattungshaus Karl Höfer Spezialgeschäft für Beerdigungen Gartenstr. 10-11 Telefon 488 80001 | | Pinthus & Ahlfeld Das gute Warenhaus 80498 | |
| Albert Refert Werbt für den Klassenkampf 80366 | | Bäckerei - Konditorei Ernst Landau Pulverhof 30 80326 | | SINGER- Nähmaschinen in alle möglichen Größen Eisleben, Götterstein, Trotha, Teichstraße 80296 | | Paul König , Werkstatt für feine Holzer- möbel, Kösenstraße 2 80498 | | Drogerie Karl Krampe Conditr. 27 80490 | |
| Genossenschaftler best. Euren Bedarf im eigenen Geschäft 80332 | | Walter Ramdor Arbeit all. Ver- z. u. Ausb. u. einig. Sachverständig 80342 | | Rudolf Bothe Werk- und Feinbearbeitung empfiehlt sich der Arbeit 80387 | | Paul König , Werkstatt für feine Holzer- möbel, Kösenstraße 2 80498 | | Teich- und Damen-Strickwaren Raci Görning, Weidstr. 18 80306 | |
| Gasht. Zur Erholung Verkehrslokal der Arbeiter Schöpferstr. 15 80349 | | „Zum Birgergarten“ Verkehrslokal aller Werkstätten Telefon 282 80280 | | Werners Restaurant empfiehlt sich Inhaber: Kurt Wilmke 80482 | | Werners Restaurant empfiehlt sich Inhaber: Kurt Wilmke 80482 | | Paul König , Werkstatt für feine Holzer- möbel, Kösenstraße 2 80498 | |
| Wohau Wettin Kurt Genhe Schuhwaren und Reparaturarbeiten 80131 | | Oberöbblingen Arbeiter- und Dienstleistungs- Paul Wöhlung Eisenstraße 10 80376 | | Werners Restaurant empfiehlt sich Inhaber: Kurt Wilmke 80482 | | Werners Restaurant empfiehlt sich Inhaber: Kurt Wilmke 80482 | | Paul König , Werkstatt für feine Holzer- möbel, Kösenstraße 2 80498 | |
| Landroli-Bäckerei Franz König 80327 | | Landroli-Bäckerei Franz König 80327 | | Werners Restaurant empfiehlt sich Inhaber: Kurt Wilmke 80482 | | Werners Restaurant empfiehlt sich Inhaber: Kurt Wilmke 80482 | | Paul König , Werkstatt für feine Holzer- möbel, Kösenstraße 2 80498 | |
| Referiert 100 80289 | | Werners Restaurant empfiehlt sich Inhaber: Kurt Wilmke 80482 | | Werners Restaurant empfiehlt sich Inhaber: Kurt Wilmke 80482 | | Paul König , Werkstatt für feine Holzer- möbel, Kösenstraße 2 80498 | | Paul König , Werkstatt für feine Holzer- möbel, Kösenstraße 2 80498 | |
| Der Kenner trinkt nur Döhlitzer Gose-Brauerei Hansisch & Neumann 80187 | | Werners Restaurant empfiehlt sich Inhaber: Kurt Wilmke 80482 | | Werners Restaurant empfiehlt sich Inhaber: Kurt Wilmke 80482 | | Paul König , Werkstatt für feine Holzer- möbel, Kösenstraße 2 80498 | | Paul König , Werkstatt für feine Holzer- möbel, Kösenstraße 2 80498 | |
| Schäfers Gürtnerlei, Steg 3 80223 | | Werners Restaurant empfiehlt sich Inhaber: Kurt Wilmke 80482 | | Werners Restaurant empfiehlt sich Inhaber: Kurt Wilmke 80482 | | Paul König , Werkstatt für feine Holzer- möbel, Kösenstraße 2 80498 | | Paul König , Werkstatt für feine Holzer- möbel, Kösenstraße 2 80498 | |

Rund um den Erdball

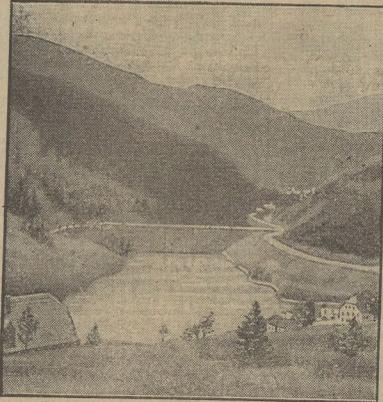
Postomnibus im Riesengebirge in voller Fahrt

In die Elbe gestürzt

Von dreizehn Passagieren acht getötet und fünf schwer verletzt

Sachsen, 18. August. Am Sonntagmorgen fuhr der nach Spindlermühle im Riesengebirge verkehrende Postomnibus bei der Zehnfahrt etwa zwanzig Minuten von Spindlermühle entfernt, in voller Fahrt in die Elbe. Von den dreizehn Passagieren wurden acht getötet und fünf zum Teil lebensgefährlich verletzt.

Da der Chauffeur des Unglücksomnibusses ebenfalls umgekommen ist, läßt sich über die Ursachen des Unglücks noch nichts



Hier geschah das Unglück

positives berichten. Man vermutet allerdings, daß der Omnibus einem Automobils ausweichen wollte, wobei er ins Schiefere geriet, sich dann bei der abschüssigen Straße überhöhen und ins Wasser stürzte.

Nach Berichten von Augenzeugen des schrecklichen Unglücks ist der Omnibus kurz nach 13¼ Uhr Nachmittags von Sachsen

mit 13 Passagieren abgefahren. 1½ Stunde ging die Fahrt ohne Zwischenfälle vor sich; dann erlöschten hinter dem Omnibus fahrende Injassen eines Privatautos,

wie das Postauto sich überhöhend von der hohen Straße direkt in die Elbe stürzte,

nachdem der Führer des Postomnibusses das Eisengitter der Straße durchschlagen hatte.

Da die Straße am Sonntag mit einem starken Ausflügerverkehr belebt war, sammelten sich bald nach dem Unglück zahlreiche Personen an der Unfallstelle, die von sich aus die ersten Rettungsmaßnahmen in Angriff nahmen. So vereinigten sich etwa

40 Chauffeure zu einer langen Kette und banden sich mit einem Seil fest. Dann sprangen die ersten in die stark Hochwasserführende Elbe, um die schwerverletzten Passagiere zu retten.

Bald darauf erschien auch Militär und Feuerwehrmannschaften, um die Bergungsarbeiten beschleunigt durchzuführen. Im Laufe des Montag vormittags ist der Omnibus gehoben worden und steht jetzt dicht neben der Unfallstelle.

Zwei Söhne vor den Augen der Eltern überfahren

Durchstößbare Verkehrsgefährden in Schweden und Dänemark

Stockholm, 18. August. In der Nähe von Orelshund in Südschweden wurde am Sonntag ein Kraftwagen an einem ungeicherten Bahnübergang von einer Lokomotive erfasst und vollständig zertrümmert. Beide Insassen des Kraftwagens, zwei Brüder, wurden sofort getötet. Die Eltern der jungen Leute waren von dem benachbarten Wohnhaus aus Zeugen der Katastrophe, die sie jedoch nicht verhindern konnten.

Kopenhagen, 18. August. In der Nähe von Öresund wurde am Sonntagmorgen ein Kraftwagen mit einem Eisenbahnzug zusammen, wobei von den vier Insassen des Autos der Führer, sein Sohn und seine Schwägerin getötet wurden. Ein fünfjähriges Kind, das ebenfalls im Wagen saß, wurde schwer verletzt.

Das rote ABC

B.

Den Bonzen glänzen die Backen rot.
Der Braun schmiedet dem Bischof die Butter aus Brot.
Der Brolat sitzt noch in der BVG.

Der Breitscheid tut dem Brüning nicht weh.
Der Böß verzehrt seine dicke Bulette.

Die Büttel schleifen die Bajonette.
Der Bürgerohn schließt auf den Bolschewist;

Dafür kriecht die Bestie Bewährungsfrist.

Jetzt heißt es, die Burschen auszumisten!

Wähle! Kommunisten!

„reichstagskandidat“ gustav nage! meide! sich

er sucht wieder dumme

die größte Lehnstuhl des nationalitätlichen naturapostels, wanderpredigers und tempelwärters gustav nage! ist, einmal in seinem Leben als volkreiterer die bänke des reichstags gieren zu können. trotzdem er bisher widerholt landbildert hat, haben sich noch nie soviel irre gefunden, diesen patriotischen-religiös-verbreiten oberirren als kandidaten aufzustellen. in diesem jahre aber heißt gustav nage!, daß in der allgemeinen verwirrung der bürgerlichen parteien sich soviel idioten finden, die in der „deutsch-kristlichen mittelfristen- und sozialpartei“ deutschlands lehrer reitung sehen. zur zeit reist gustav nage! aus arendsee in allen altmärklichen ortschaften herum, um unterjochten für diese liste, deren spitzkandidat er ist, einzusammeln.

Bei der arbeiterschaft wird dieser verdrehte polschiff, der sich ausdrücklich und wiederholt zur „schwarzweißen heldenliste“ bekennt hat, wenig glück haben.

Die arbeiterschaft hat entschieden und wählt am 14. september mann für mann und frau für frau nur die liste 4, also die liste der kommunistischen partei!

Schweres Bauunglück in Bozen

Zwei Arbeiter tot, einer schwer verletzt

Bozen, 18. August. Beim Neubau eines dreistöckigen Hauses in Bozen löste sich am Montagmorgen plötzlich das Dachgesims los und stürzte auf das Bauwerk, das unter dem Druck der Trümmer niedergerissen wurde. Drei Bauarbeiter, die sich auf dem Gerüst befanden, stürzten in die Tiefe und wurden von den Schuttmassen begraben. Zwei von ihnen konnten nur noch als Leichen geborgen werden, während der dritte mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus überführt wurde.

Untergang eines schwedischen Dampfers

Der schwedische Dampfer „Dunter“ ist am Freitag abend unweit von Umea an der nordschwedischen Küste gekentert und gesunken. Der Kapitän und die Besatzung konnten sich durch Schwimmen retten. Der Dampfer liegt so tief, daß er wahrscheinlich nicht gehoben werden kann.

Hochwasser auf der Donau

Die Regengüsse der letzten Tage haben zu einem tiefen Ansteigen des Donaupegels geführt. Im Laufe des Sonntags ist der Fluß an vielen Stellen aus seinen Ufern getreten.

Obsternte in der Neumark fast vollkommen vernichtet

Seit einigen Tagen gehen in der Neumark andauernd starke Regengüsse nieder, wodurch sämtliche Wege unpassierbar geworden sind. Durch Sturm ist auch das letzte Obst von den Bäumen geerntet worden. Die Ernteschäden sind unabsehbar.

Zimmer wieder: Vorsicht beim Witzmachen!

In Sandow in der Neumark verstarb am Sonntag das Ehepaar Zaban nach dem Genuß von selbst gesammelten Pilzen.

Dein Kampfgefährte:



Das Blatt der Gewerkschaftsopposition und der roten Betriebsbewegung mit der Ballade „Der Arbeiter“ Mitabnehmer in allen wichtigen Großbetrieben Deutschlands

Schiffskatastrophe in der Südsee

Dampfer „Tahiti“ gesunken

Durch Verlust der Steuerbordschraube in Seenot geraten — 128 Passagiere sowie 200 Mann Besatzung gerettet

London, 18. August. Der neuseeländische Dampfer „Tahiti“, der auf der Fahrt nach San Francisco im Stillen Ozean eine Steuerbordschraube verlor und in Seenot geriet, ist, nachdem der Dampfer „Ventura“ Passagiere und Besatzung des sinkenden Schiffes gerettet hat, am Montag früh gesunken.

Nach den ersten funktentelegraphischen Meldungen drang das Wasser in großen Mengen durch den Schraubenschacht in das Schiff ein, so daß die Vordämme im Hintersteck im Nu mehrere Meter hoch unter Wasser standen. Die Pumpentätigkeit erwies sich als vollkommen unzulänglich. Die beiden Dampfer „Ventura“ und „Tahiti“, die die Notsignale der „Tahiti“ aufgingen, konnten erst am Montag an der Unglücksstelle eintreffen. Inzwischen waren auf der „Tahiti“ auch die

Dynamos überflutet, so daß keine weiteren SOS-Rufe mehr in den Weiter gesandt werden konnten.

Der Passagiere benachteiligte sich begrifflicherweise entsetzliche Todesangst, die noch durch die fernmündlich berechtigte Weigerung des Kapitäns verstärkt wurde, in der Nacht, bei dem hohen Seegang, die Rettungsboote auszusenden.

Entsetzliche Stunden der Angst mußten die Passagiere und die Besatzung erleben, ehe im grauen Morgen als erstes Rettungsschiff die „Ventura“ an der Unglücksstelle eintraf. Dieser Dampfer setzte sofort Rettungsboote aus und begann zunächst die Passagiere der „Tahiti“ zu bergen. Durch den hohen Seegang gescheiterten sich die Rettungsarbeiten äußerst schwierig. Eine Viertelstunde, nachdem die Besatzung, die Offiziere und der Kapitän das Schiff verlassen hatten, versank die „Tahiti“ in den Klüften.

30 000 Menschen in panischem Schrecken

Eisenbahn rast in Zuschauerermenge

Folgeschwere Katastrophe bei einer Sportveranstaltung — Sechs Todesopfer, viele Schwerletzte

Agram, 18. August. Auf der Eisenbahnstrecke Eufat-Agram in Jugoslawien fuhr ein Güterzug auf einer abschüssigen Strecke in eine Menschenmenge, die den Feuerwehرداریarbeiten bei einer Sportveranstaltung zusah. Dabei wurden sechs Zuschauer getötet und fünfzehn mehr oder weniger schwer verletzt.

Nach erlöschenden Mitteilungen wohnten etwa 30 000 Zuschauer dem Sportfest bei. Da der abgegrenzte Platz nicht ausreichte, die Massen zu fassen, hatten sich mehrere tausend Personen auf dem nahegelegenen Bahndamm platziert.

Kurz nach 9 Uhr fand die Veranstaltung mit einem Feuerwerk ihren Abschluß. In dem Augenblick aber, als das Feuerwerk seinen Höhepunkt erreicht hatte, raste aus Richtung Eufat der nach Agram folgende Güterzug heran.

Trotzdem der Lokomotivführer wiederholt dringende Signale abgab, um die Menschen auf dem Bahndamm auf die heran-

naheende Gefahr aufmerksam zu machen, reagierte keiner darauf. Die vom Feuerwerk gestellten Zuschauer überhörten vollkommen diese Warnungssignale und da andererseits der Lokomotivführer infolge der rast abschüssigen Strecke vorgeblich versuchte, den Zug zum Stillen zu bringen, geschah, was nach Angabe der Dinge geschehen mußte. Der Zug raste in die Zuschauerermenge hinein. Drei Personen wurden auf der Stelle getötet, 18 wurden mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus transportiert. Inzwischen sind drei von ihnen gestorben, so daß die entsetzliche Katastrophe bisher sechs Todesopfer gefordert hat.

Durch die gellenden Schmerzensschreie der Verwundeten und Angstrufe der mit knapper Not dem Tod Entkommenen entstand unter den 30 000 Zuschauern eine unbeschreibliche Panik, die da das Feuerwerk sofort verlorste, durch die Dunkelheit noch erhöht wurde. In dem nun einsetzenden wilden Gedränge wurde eine Anzahl weiterer Personen mehr oder weniger schwer verletzt.

Klassenkampf

Die KPD. — Deine Partei
Der „Klassenkampf“ Deine Zeitung
Deine Stimme der Liste 4

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH. Halle, Verdensteilstr. 14. Fernruf: 21045 (9-11); 21047 (Berleg).

Mit der illustrierten Arbeiter-Zeitung
Der Rote Stern

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den cm Höhe und Spalte; 1 Str. im Legert. Sonntags: Krebshorn des Sozialfreies Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Verlagsadresse: Leipzig 224 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag G. m. b. H. Halle, Verdensteilstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Dienstag, 19. August 1930

10. Jahrgang * Nr. 193

Offene Diktatur nach dem 14. September!

Hindenburg-Front von Hitler bis Koch-Mahraun mit Flankendeckung durch die SPD.
Generalsregierung geplant — Organisiert den außerparlamentarischen Massenkampf!

(Fig. Drahtim.) Berlin, 19. August.

Die Ankündigungen des Staatspreministers Treviranus und der Zentrumspresse, daß

auch der neue Reichstag von der Diktaturregierung nach Hause geschickt werden soll,

erfahren ihre Ergänzung durch Mitteilungen über

verfälschte Rüstungen des Trustkapitals und der Kreise um Hindenburg für einen faschistischen Staatsstreik.

Es soll der

Hindenburg-Blod von Hitler, Hugenberg bis zu den Staatsparteilern Hummel-Mahraun

gebildet werden. Hitler hat in Gießen und München Reden für eine Koalitionspolitik der Nazis und für formelle Anerkennung der Verfassung der Young-Republik gehalten. Nach Mitteilung der „Welt am Abend“ will die Regierung Brüning, wenn sie im neuen Reichstag keine Mehrheit finden wird, sich in ein

Diktaturkabinett mit einem politischen Reichsheergeneral an der Spitze

umwandeln. Dafür soll der General Schleicher ausersehen sein. Nach anderen Mitteilungen soll der General von Seekt, der Spitzenkandidat der Deutschen Volkspartei im Kreise Magdeburg-Anhalt, sich im Auftrage des Young-Kapitals auf seine kommende Rolle in der Diktatur-Regierung vorbereiten (er hat auch in seiner letzten Magdeburger Rede die zur Ausführung der Diktaturpläne notwendige Brücke zur SPD. gestiftet).

Hindenburg steht im Mittelpunkt aller Diktaturpläne.

Aus einem Büro gehen die Fäden über Schiele und Oldenburg-Sanftschau zu Hugenberg-Hitler. Hitler hat in seiner Münchener Rede folgendes intentionelle Bekenntnis abgelegt:

„Wir brechen nicht die Verfassung. Wir erklären ebenso feierlich: Wir wandeln auf dem Boden des Gesetzes, wir streben auf dem Boden des Gesetzes nach politischer Macht.“

In Verbindung mit den Vorbereitungen des faschistischen Staatsstreiches gegen den neuen Reichstag zur brutalsten Durchführung der Artikel-48-Diktatur bedeutet diese Erklärung Hitlers, daß er und sein Geliebter Hugenberg zur Einreihung in den Hindenburg-Blod des Young-Systems bereit sind.

Immer klarer wird es, daß

nach dem 14. September in Deutschland die offene Diktatur herrschen wird, weil das Kapital keinen anderen als diesen Verzweiflungsweg aus seinen Schwierigkeiten sieht.

Wieder, wie 1919 und 1923, flüchten Milliarden deutschen Kapitals ins Ausland, weil sich die Ausbeuter im Lande nicht mehr sicher fühlen. Als ob den russischen Kapitalisten es etwas geholfen hätte, daß sie ihre „Wertpapiere“ ins Ausland verschleppten!

„Nur die KPD. ist die Partei des werttätigen Volkes“

Die Austrittserklärung eines Betriebsarbeiters aus der Partei des Arbeiterverrates

Wolken, den 7. August 1930.

Hiermit erkläre ich meinen Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei.

Begründung:

Wir haben unsere Führer gewählt, haben jahraus, jahrein dafür bezahlt, damit sie uns als Arbeiter vertreten und führen sollen.

Ich habe aber feststellen müssen, daß sie uns verraten und uns ins Elend hineingebracht haben. Sie haben längst vergessen, daß sie auch einmal Arbeiter waren.

Ich fordere alle sozialdemokratischen Kollegen auf, mit mir das gleiche zu tun.

Reht diesen Arbeiterverratern den Rücken. Tretet ein in die Kommunistische Partei! Nur diese Partei ist die Partei des werttätigen Volkes.

Sollte es die SPD-Lügenpresse wagen, mich anzugreifen, so werde ich noch ausführlicher werden.

Otto Adrecht, Wolken, Wasserturn 28.

Elende Demagogen sind die Sozialfaschisten, die den werttätigen Massen einreden wollen, daß man mit dem Stimmgabel die Diktatur brechen könnte. Sie wollen Stimmen fangen, um mit möglichst fetten Pöfchen an der Durchführung der faschistischen Diktatur beteiligt zu werden.

Die arbeitenden Massen gehen einen anderen Weg, den Weg des außerparlamentarischen Kampfes, den Weg, der zum

politischen Massenkampf

führt. Mit dieser Waffe werden sie wie einst den Cuno, so den Brüning oder Schleicher vertreiben und werden

darüber hinaus den Weg der Revolution konsequent bis zu Ende gehen.

Den außerparlamentarischen Kampf organisieren die Arbeiter heute, indem sie gegen die Raubzüge der Unternehmer und ihre Regierung den

Streik in den Betrieben, die Steuerverweigerung und Steuerabotage

verwirklichen. Für den außerparlamentarischen Kampf gegen die Diktatur, den einzigen Ausweg aus der Not, werden die werttätigen Massen am 14. September mit dem kommunistischen Stimmzettel demonstrieren.

Klassenjustiz gegen Steuerstreit

Die Diktatur, die ihre Steuern nicht hereinbekommt, bildet sich ein, mit Justizterror das Vertrauen der Massen gewinnen zu können!

Wie uns mitgeteilt wird, hat nunmehr eine ganze Reihe von Unterzeichnern des Aufrufes gegen die Diktatursteuern Vorladungen wegen Paragraph 110 Strafrechtbuch (Widerstand gegen die Staatsgewalt) und wegen Vergehens gegen die Diktaturverordnung Goeris vom 15. September 1923 erhalten.

Diese Anklagen sind, wie uns von mehreren, absolut zuverlässigen Seiten mitgeteilt wird, nur die Auswirkung der äußerst starken Wirkung, die der Aufruf zum Steuerstreik auf die breitesten Schichten der werttätigen Bevölkerung, einschließend der Kleinbauern und Klein-gewerbetreibenden ausgeübt hat, und die so groß sind, daß man in Verwaltungskreisen die ernstesten Befürchtungen in Bezug auf die Eintreibungsmöglichkeit der Diktatursteuern hegt.

Propaganda sich als Propaganda für den Steuerstreit auswirken würde.

Aber die Herren irren sich, wenn sie sich einbilden, mit dem Justizterror die Steuerstreitbewegung schwächen zu können — im Gegenteil.

Jede Verfolgungsmahnahme gegen die roten Kommunal-funktionäre stärkt nur in den breiten Massen das Vertrauen zu ihnen, Erbitterung gegen den bürgerlichen Staat, und damit auch die Entschlossenheit, diesem Staate keine Steuern zu zahlen.

Aud die roten Kommunalfunktionäre werden angefaßt des Klassenjustiz so wie überall sonst ihre Pflicht erfüllen, indem sie den werttätigen Massen sagen, was gegen die Ausbeuterherrschaft zu tun ist.

Trotz alledem!

Keinen Steuererosen der Diktatur!

Wir schließen uns dem Aufruf der roten Kommunalfunktionäre vom „Klassenkampf“ vom 6. August 1930 an und werden unsere ganze Kraft zur Organisation des Steuerstreits einsetzen.

G. Salzer, Magistratsmitglied, Gerbicht.
Karl Reinfeld, Magistratsmitglied, Schibau.
Albert Schmidt, Gemeindevorsteher-Stellvertreter, Ein-dorf.

Karl Hamann, Schiffe, Köhla.
H. Hankel, Magistratsassessor, Nebra.
Karl Kamelt, Magistratsassessor, Nebra.

Krankenunterstützungsraub wird nicht durchgeführt!

Wittenberger Ortskrankenkasse lehnt Durchführung der Diktaturmaßnahmen ab

Nach dem Beispiel der roten Kommunalfunktionäre gehen nun auch in den Krankenkassen die Arbeiter dazu über, die Durchführung der Diktaturmaßnahmen zu verweigern.

Am Freitag, dem 15. August, fand in Wittenberg eine außerordentliche Ausschusssitzung der Ortskrankenkasse I statt. Tagesordnung war: die Durchführung der „Notverordnung in der Krankenversicherung vom 26. Juni 1930 auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung“. Die Kassenerwaltung hatte die wichtigsten Punkte der „Notverordnung“ schon mit gewissen Abänderungen zur Beschlußfassung dem Ausschuss vorgelegt.

Auf Antrag der Kommunisten hat jedoch der Ausschuss mit 13 Arbeiterstimmen gegen 8 Arbeitergeheimen die Durchführung der Notverordnung abgelehnt. Die Vertreter der Gelben entzogen sich der Stimme.

Gleichartige Beschlüsse haben verschiedene sachliche Krankenkassen gefaßt. (Näheres darüber im Mitteldeutschen Teil.)

Nun gilt es, überall dem gegebenen Beispiel zu folgen und auf der ganzen Linie den aktiven Widerstand gegen die Ausplünderung der Kranken zu organisieren!



funktionäre. Mit Haß und Empörung stehen sie diesem System gegenüber und deshalb denken sie nicht daran, es zu füttern.

In dieser Situation greift die Regierung zum Staatsanwalt, als letztem Rettungsanker.

Sie wagen nicht, in ihrer Presse gegen den Steuerstreit Propaganda zu machen, weil sie mit Recht vermuten, daß die